

**Der**

Ausgabe **13**  
Sommer 2003

# Störenfried

- unabhängig & unerbittlich -

Spendenpreis: 0,80€



*Aus dem Inhalt:*

**Terroristenjagd in Magdeburg  
Revolutionärer Antifaschismus  
Gewerkschaften & Streiks im Osten**

## **Inhalt**

### **4 Freiheit stirbt mit Sicherheit**

*Zum aktuellen 129a-Verfahren*

### **8 Revolutionärer Antifaschismus**

*Ein Diskussionsbeitrag von einem AZ-Aktivisten auf Staatsurlaub*

### **13 Angekippt**

*Der Neonaziamarsch am 1. Mai 2003 in Halle.*

### **16 Weg mit Black Jack und Club 88!**

*Aufruf der Autonomen Antifa Genthin zur Demo vom 7.6.*

*Bericht eines Berliner Antifas*

### **19 Das Deutschtum in Sachsen-Anhalt**

*Eine unvollständige Chronik*

### **22 Gegen Arbeitswahn**

*Demo zum „Tag der Arbeit“ in Merseburg*

### **23 Termine**

### **27 Arbeitnehmerlobby oder Selbstorganisation?**

*Die Rolle der Gewerkschaften im Kapitalismus*

### **30 Den Gürtel enger schnallen?**

*Fakten zur Einkommensverteilung*

### **33 Zitate des Quartals**

### **35 Irak – ein Krieg gegen das Proletariat**

*Buchbesprechung*

### **41 Logik + Macht + Krieg**

*Bericht vom 26. Bundeskongress Internationalismus*

### **42 Notwehr oder ein rechtes Tötungsdelikt?**

*Mord an Rentner in Halberstadt*

### **43 Lieder und Texte**

*Hans-Eckardt Wenzel im Buckauer Volksbad*

### **44 Kurzmeldungen**

# Zu diesem Heft

Wieder mal ist ein Quartal rum - wenn ich nicht dieses Heft layouten würde, bekäme ich gar nicht mit, wie die Zeit vergeht. Was in dieser Zeit Wichtiges passiert ist, könnt ihr auf den folgenden Seiten lesen. Als Magdeburger Lokalblättle beschäftigt uns da zunächst die Situation unserer gefangenen „Terroristen“, die inzwischen die für eine 129a-Anklage erforderliche Anzahl von 3 Beschuldigten erreicht haben. Einer der Gefangenen hat uns mit einer Skizze einen Eindruck von seiner derzeitigen Umgebung verschafft - siehe dazu das Titelbild.

Aber auch ein theoretischer Beitrag („Revolutionärer Antifaschismus“) hat uns aus dem Knast erreicht. Vielleicht nimmt das die eine oder der andere zum Anlass, mit dem Autor zu diskutieren.

Im Anschluss gibt es Berichte von diversen Aktionen gegen die sich wieder ausbreitende Nazipest. Auch haben wir unsere Chronik neonazistischer „Heldentaten“ weitergeführt - wenn euch was diesbezüglich bekannt wird, wäre es schön, wenn ihr uns ein paar (verlässliche) Infos zukommen lassen würdet.

Derzeit gibt es auch wieder eine heftige Diskussion um die „Besitzstandswahrer“ in den Gewerkschaften, die angeblich den Standort Deutschland kaputtstreiken. Doch eigentlich dürften sich die hiesigen Unternehmer kaum beschweren - die im DGB versammelten Gewerkschaften haben doch eigentlich immer ihren guten Willen gezeigt, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Wir haben jetzt angesichts der Aktualität einen Beitrag mit reingenommen, der sich kritisch mit der Rolle der Gewerkschaften im Kapitalismus auseinander-

setzt - allerdings mit einem gänzlich anderen Ergebnis, als dem, was derzeit durch alle Medien geistert. Nun könnte man einräumen, dass es gerade angesichts der derzeitigen schwierigen Lage der Gewerkschaften angebrachter wäre, etwas positiveres zu schreiben. Aber es dürfte keinem geholfen sein, wenn wir die Augen vor der realen Situation verschließen würden.

Um euch ein paar Argumente zu liefern, die ihr in der Diskussion mit denjenigen benutzen könnt, die da meinen, wir alle müssen den Gürtel enger schnallen, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und deren Unsinn mehr, haben wir ein paar Zahlen zusammengetragen, die zeigen, wo das liebe Geld denn geblieben ist.

Ansonsten gibt's wieder jede Menge Berichte von Aktionen und Termine für's neue Quartal (könnten aber durchaus ein paar regionale mehr sein - nach einer zwischenzeitlichen Besserung, hat nun scheinbar die gewohnte Informationsunlust in den diversen lokalen Gruppen um sich gegriffen). Auch haben wir diesmal einen Gastbeitrag - einen Vorabdruck der neuen „Wildcat“ - im Heft, in dem ein interessantes Buch zu den sozialen Hintergründen des Irak-Krieges vorgestellt wird.

Aber wir wollen euch natürlich nicht den Sommer über im Studierstübchen festnageln - den „Störenfried“ könnt ihr natürlich auch in der Hängematte draussen lesen.

Viel Spaß dabei wünschen

*die Störenfriede*

# Freiheit stirbt mit Sicherheit

## Zum aktuellen 129a-Verfahren

Eine grundlegende selbstzugeschriebene Aufgabe des bürgerlichen Staates besteht in der Gewährleistung von Freiheits- und Bürgerrechten als Schutzrechte vor dem Staat. In den vergangenen Jahren zog jedoch der antizipierte Zuwachs an Sicherheit immer stärkere Einschränkungen der Freiheit vor dem Staat mit sich. Denn indem bislang unverregelte Bereiche des öffentlichen Lebens aufgrund angenommener Sicherheitslücken durch Vermehrung und Ausdifferenzierung gesetzlicher Regelungen abgesichert wurden, schuf sich der Staat zunehmende Möglichkeiten der Kontrolle der BürgerInnen.

Insofern kann es kaum verwundern, dass in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Gesetzesveränderungen und -verschärfungen sowie Eingriffe in die Grundrechte vorgenommen wurden, vor allem aber nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ein schnell fortschreitender Prozess juristischer Deregulierung des Sicherheitsapparates offenbar wird, wie es u.a. Martin Kutscha, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht in Berlin beschreibt.

Die Möglichkeiten der Ermittlungsbehörden zu massiven Grundrechtseinschränkungen – wie sie insbesondere in politischen Verfahren schon seit Jahrzehnten angewandt und legitimiert sind – werden zunehmend auf andere Bereiche ausgedehnt und weiter verschärft. Das Klima diffuser Angst und Betroffenheit nach den Anschlägen in New York ermöglichte einen enormen „Innovationsschub“ für Innere Sicherheit. Der 11. September kann somit als politische Zäsur gelten. In seinem Namen und mit Verweis auf die veränderte globale Lage scheinen Gesetze ihren Charakter zu verändern: „Statt der Bremsfunktion für die Staatsgewalt und dem Freiheitsschutz zugunsten der Bürger kommt ihnen mehr und mehr eine Entgrenzungs-, zugleich auch eine Legitimations- und Selbstdarstellungsfunktion zu. Da die Polizei eine perfekte ‚Kriminalitätsbekämpfung‘ nicht leisten

kann, demonstriert wenigstens der Gesetzgeber seine Entschlossenheit zum Handeln“.

Augenfällig dabei ist, dass sich die Neuerungen weniger gegen diejenigen richten, die bisweilen in absurd anmutenden Bildern als Gefahr für die Bevölkerung gebrandmarkt werden, als in letzter Konsequenz gegen Freiheit und Selbstbestimmung eben der gesamten Bevölkerung selbst. Im Klima der beschworenen Bedrohung durch eine angeblich überall lauernde terroristische Gefahr, erschallt nicht nur seitens der Politik, sondern auch aus der Bevölkerung selbst der Ruf nach einer starken Hand, nach einer „endlich“ handelnden Exekutive. Und während die ‚Gefahr des entgrenzten Terrorismus‘ und ‚der internationale Kampf gegen eben diesen die Nachrichten beherrscht, finden bundesweit politische Verfahren gegen Linke statt – und auch in Magdeburg gegen vermeintliche ‚Terroristen‘.

Besonders problematisch und strafrechtlich durchaus fragwürdig ist die Tatsache, dass allein die Mitgliedschaft einer als terroristisch diffamierten Gruppe ausreicht, um für eine Straftat belangt zu werden, die von dieser begangen wurde. Demzufolge können Menschen ohne konkreten Strafnachweis kriminalisiert werden.

Diese Möglichkeiten der Behörden haben in den vergangenen Jahren zu einer Reihe von Ermittlungsverfahren geführt, in denen Ausforschung und Überwachung einer sonst schwer zugänglichen Szene ganz offensichtlich im Vordergrund standen. So wurden bspw. zwischen 1990 und 1999 (teilweise mehrfach) Verfahren gegen 1.362 Menschen eröffnet, von denen „nur“ 38 zur Verurteilung kamen. D.h., in 97 Prozent der Fälle wurden die Ermittlungsverfahren eingestellt. Gegenüber einer sonst üblichen Anklagequote von 45 Prozent, kommt es in nur drei Prozent bei Ermittlungen nach § 129a zur Anklage. Alle diese Verfahren, die sich bis auf wenige Ausnahmen immer gegen die politische

Linke richteten, dienten also primär der Ausforschung linker Strukturen.

Rolf Gössner – Bürgerrechtler und Anwalt – hat dies so zusammengefasst: “Für die Ermittler ist es ... weniger entscheidend, ob das jeweilige Verfahren überhaupt gerichtlich eröffnet wird und dann auch mit einer Verurteilung endet; von wesentlich größerer Bedeutung ist für sie das Ermitteln selbst. Mit dem § 129 (...) verfügen sie über ein praktikableres Instrumentarium, um in die anvisierten, schwer erfassbaren Szenen einzubrechen, über den Einzelfall hinaus Kommunikationsstrukturen knacken, Daten erheben und Soziogramme des Widerstands erstellen zu können, die nicht nur repressiv, sondern vor allem präventiv und operativ genutzt werden können. Verunsicherung der Szene, Entsolidarisierung und Abschreckung sind zwangsläufige Folgeerscheinungen dieser Kriminalisierungsstrategie per 129a-Sonderrecht”.

Dieser Logik scheinen auch die gegenwärtigen Ermittlungen in Magdeburg zu folgen, die sich zwar auf eine recht marginalisierte politische Linke beziehen, gleichwohl gibt es in Magdeburg einige legal, mit unterschiedlichen Schwerpunkten arbeitende Gruppen. Dementsprechend hatten sich in dieser zahlenmäßig überschaubaren aber ausgesprochen aktiven Szene verschiedene Widerstandsformen herausgebildet, die unter anderem militante Aktionen mit einschlossen. Diese militanten Aktionen werden jetzt u.a. Marco und Daniel zur Last gelegt.

Die Konzentration der Sicherheitsbehörden auf Daniel, Daniels politische Zusammenhänge in Magdeburg und damit auch auf Marco basiert einerseits auf einem Fingerabdruck, der sich auf dem Karton befunden haben soll, welcher unter einem BGS-Bus deponiert war. Andererseits wurde zwischen den beiden und der bundesweit über die “Interim” geführten ‘Militanzdebatte’ ein Zusammenhang hergestellt, der die Bundesanwaltschaft zu folgendem Schluss kommen ließ: “Spätestens seit Frühjahr 2002 Mitglieder der in Magdeburg und an anderen Orten operierenden Gruppierung Kommando: Freilassung aller politischen Gefangenen gewew-

sen zu sein. (...) Im Zusammenwirken mit anderen gewaltbereiten Gruppierungen soll eine ‘militante Offensive’ herbeigeführt werden. Zur Durchsetzung ihrer Ziele hält die Vereinigung Brandanschläge auf polizeiliche Einrichtungen für erforderlich und legitim.”

Das Zeichen, welches hier von dieser Presseerklärung ausgeht ist nur allzu deutlich: Zweifelsohne reichen allein eine (überregional geführte) Diskussion (sowie der Besitz von Flachbatterie, Kabel und Glühlampe), um repressive Maßnahmen von besonderer Härte – einhergehend mit massiven Überwachungen der beiden aber auch des sozialen und politischen Umfeldes – in Gang zu setzen. Problematisch für die BAW war bislang nur, dass nach geltender Rechtsauffassung zu einer Vereinigung mindestens drei Personen gehören. Insofern war die Suche nach weiteren Personen, die Mitglieder in der ominösen Vereinigung gewesen sein könnten, zwingend notwendig, um den Vorwurf nach §129a aufrecht erhalten zu können. Zu diesem Zweck wurden sechs weitere Magdeburger Szene-Aktivisten der Gruppe zugerechnet.

Dies änderte sich erst am 01. April d.J. mit der Durchsuchung von insgesamt 10 Objekten – neben den Wohnungen der sechs auch das AJZ in Dessau. Gefunden wurde natürlich nichts, allerdings wurde im Anschluss an diese Durchsuchungen einer der Betroffenen massiv unter Druck gesetzt, wobei die BKA-Beamten persönliche Dinge, die sie durch die Ermittlungen erfahren hatten, als psychisches Druckmittel ausnutzten, um ihn zu Aussagen zu bewegen bzw. zu erpressen.

Den vorläufigen Abschluss der Suche nach weiteren Beschuldigten bildete die Verhaftung von Carsten in Magdeburg am 16. April und seine Vorführung vor den Haftrichter. Damit wurde das Konstrukt einer terroristischen Vereinigung erstmals wirklich auch von Seiten des Sicherheitsapparates konkretisiert. Gleichzeitig erlebte die Kriminalisierung eine qualitative Verschärfung, da die BAW den “Autonome Zusammenschluss” (AZ) zur Keimzelle der terroristischen Vereinigung machte – womit sämtliche Mitglieder und die Struktur der Gruppe

illegalisiert wurden/werden. Das heißt faktisch, dass alle, die im AZ aktiv arbeiteten, in die Ermittlungen hineingezogen und zu potentiellen Terroristen gemacht werden. Diese generelle Kriminalisierung linker Politik ist nicht beispiellos, wie die Vergangenheit bspw. in Göttingen und Passau zeigte, war bislang aber auch –im juristischen Sinne – nicht sehr erfolgreich. In Magdeburg versucht es die Bundesanwaltschaft erneut. Ein solches Vorgehen passt gut in die momentane sicherheitspolitische Landschaft - und Angst vor allzuviel Pro-



### Knast-Gedanken von Carsten

test aus der Bevölkerung muss man in Karlsruhe ohnehin nicht haben.

Das Bild der BAW vom Fall scheint ohnehin schon klar, ist es doch ganz eindeutig von der Implikation bestimmt, Carsten, Marco und Daniel sowie anderen politisch Aktiven über den AZ nicht nur für die Existenz einer überregional wahrnehmbaren und aktiven ‚terroristischen Vereinigung‘ verantwortlich zu machen, sondern ihnen auch noch Mitgliedschaft in selbiger

nachzuweisen – selbst auf Kosten von faden-scheinigen Konstruktionen und unhaltbaren Spekulationen.

Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, wann und ob überhaupt ein Verfahren gegen Carsten, Marco und Daniel eröffnet wird. Zwar sollte gegen Ende Juni Anklage erhoben werden, allerdings wurde dies von der BAW um ca. acht Wochen verschoben – zumindest ein Indiz für den spekulativen Charakter der bisherigen Ermittlungen. Dennoch sitzen die Gefangenen seit mehreren Monaten im Knast – eine baldige Änderung ihrer Situation zeichnet sich nicht ab. Zwar gab es für Marco und Daniel kürzlich einen Haftprüfungstermin – „leider“ muss sich die BAW wenigstens an solche strafrechtlichen Vorgaben halten – allerdings resultierte der nicht in der erhofften Freilassung der beiden.

Alle drei – sowohl Marco und Daniel in der JVA Berlin-Moabit als auch Carsten in der JVA Rheinbach – unterliegen bis auf Besuchs- und Postkontrolle Normalhaftbedingungen für U-Häftlinge, die sich jedoch in den verschiedenen Knästen sehr unterschiedlich darstellen:

Carstens Knastalltag gestaltet sich folgendermassen: Der Tag beginnt um sechs Uhr mit der Aushändigung des Frühstücks und dem Einsammeln von Briefen und Anträgen. Alles was er im Knast fragen und machen möchte, muss beantragt werden. Um 7.30 Uhr beginnt die Freistunde, die um 8.00 Uhr endet. Gegen 11.30 Uhr bekommt er seine Abos und Post ausgehändigt, um 12.00 Uhr sein Mittag- und um 17.30 Uhr sein Abendessen. Von 18.00 bis 20.15 Uhr ist Umschluss, was bedeutet, dass sich bis zu vier Gefangene in einer Zelle aufhalten dürfen. Die Wochenenden und Feiertage gestalten sich etwas anders – z.B. gibt es keinen Umschluss. Der Rückschluss um 16.00 Uhr ist das offizielle Ende des Tages, so dass Carsten schon sehr früh versuchen muss, die verbleibende Zeit sinnvoll rumzukriegen. Er ist in einer Doppelzelle mit Fenster mit Blick auf Knasthof und Knastmauer untergebracht, wo er allerdings bis zum 24. April erst mal alleine war.

„Zwischen Frühstück und Mittagessen hat mensch 2 mal die Woche – bei mir war es Montags und Donnerstags – die Möglichkeit zu du-

schen. [...] Die Zeit dazwischen vertreibe ich mir mit lesen, schreiben und Radio hören.

Ab dem Abendessen am 22.04. habe ich – auf einen Antrag hin – vegetarische Kost erhalten. Auch Bücher, aus der Knastbibliothek habe ich (...) relativ schnell ausgehändigt bekommen. Das Ärgerliche ist, mensch bekommt immer nur drei Bücher und der Büchertausch ist nur einmal die Woche. Das hat zur Folge, dass ich immer spätesten 3 Tage nach Aushändigung der Bücher, diese zum zweiten Mal anfangs zu lesen. Einkaufen kann mensch, wenn Geld auf dem Knastkonto vorhanden ist, zweimal im Monat.“ Seit Marcos Verlegung nach Berlin ist Marco in Moabit in normalen Doppelzellen – im Gegensatz zur vorherigen Isolierung im Hochsicherheitstrakt von Köln-Ossendorf - untergebracht. Im ersten Monat hatte er keine Steckdosen in der Zelle und der Lichtschalter war ausserhalb, “wodurch das Licht jeden Tag von 5.00 Uhr bis 23.00 Uhr an war.“ Am 17. Februar hatten Marco und Daniel Haftprüfungstermin in Karlsruhe, danach wurde Marco in Moabit in eine Doppelzelle mit Stromanschlüssen verlegt.

Die Haftbedingungen sind anders als in Köln: Marco hat täglich eine Stunde Hofgang, aber – da er nicht allein auf Zelle ist – keinen Umschluss. Dadurch sitzt er 23 Stunden am Tag in seiner Zelle. Um 6.30 Uhr gibt es Frühstück, 11.30 Uhr Mittag und 14.30 Uhr Abendbrot. Zweimal pro Woche ist Duschen und einmal “Einkaufen“ (bei überteuerten Preisen). “Wie in allen Knästen gibt es sog. ‚Strafmaßnahmen‘ um die Gefangenen bei unerwünschten Handlungen zu disziplinieren. Diese reichen von Besuchs- und Einkaufssperre, über Einschluss (kein Hofgang) bis hin zu ‚Bunker‘. Auch hier in Moabit habe ich (von Ausnahmen abgesehen) keinen Stress oder so mit meinen Mitgefangenen. Faschisten sind in der Minderheit und verhalten sich dementsprechend. Auch hier ist eine gewisse Solidarität unter den Gefangenen zu spüren.“

Daniel wurde nach seiner Verlegung aus der JVA Rheinbach in Berlin-Moabit in einer Einzelzelle untergebracht. Er hat täglich eine Stunde Hofgang und drei Stunden Umschluss. Ansonsten sind seine Haftbedingungen mit denen von

Marco vergleichbar. Auch Daniels Besuche werden von jeweils einem BKA- und einem JVA-Beamten überwacht, die es sich nicht nehmen lassen, ihn und seinen Besuch mit Bemerkungen etc. zu schikanieren. Anfangs ging es ihm wegen der Knast-Monotonie nicht so gut, was sich aber inzwischen geändert hat. Ähnlich wie Marco schätzt auch Daniel die Situation zu den Mitgefangenen ein, die ihm im Grossen und Ganzen keinen Stress bereiten und teilweise sogar recht solidarisch sind.

*Eure Spenden bitte an:*

Rote Hilfe Magdeburg  
Stadtsparkasse Magdeburg

Kontonr.: 371 519 49

BLZ. : 810 532 72

Verwendungszweck: Soligruppe

Dennoch muss man sich darüber im Klaren sein, dass der Knast – auch wenn die Bedingungen von allen als akzeptabel eingeschätzt werden – dazu da ist, Menschen und ihre politische Einstellung abzustrafen. Wie Carsten es in seinem Brief formulierte, ist “Der Knast [...] geschaffen, um Menschen einzuschüchtern, abzuschrecken und letztendlich zu brechen. Du hast kaum Möglichkeiten, außer beim Umschluss und in der Freistunde, soziale Kontakte zu knüpfen. Auch sollst du durch den monotonen Knastalltag auf ein genauso monotones Leben, ausserhalb des Knastes, vorbereitet und hin erzogen werden. Wenn du z.B. zum Frühstück um 6.00 nicht komplett angezogen, mit einem sauberen Teller, an der Tür stehst, erhältst du halt kein Frühstück. Auch werden alle Verfehlungen, zum Beispiel wenn du vorsätzlich den Müll nicht trennst, mit Disziplinarmaßnahmen bestraft. Pass dich an, oder geh unter, lautet die Devise.“

In diesem Sinne kann es nur eine Forderung geben: Freiheit für Carsten, Marco und Daniel und alle politischen Gefangenen!!!

*Gekürzter Text von der Soligruppe  
Magdeburg. Die vollständige Fassung  
findet ihr auf unseren Web-Seiten.*

# Revolutionärer Antifaschismus

*Ein Diskussionsbeitrag von einem AZ-Aktivisten auf Staatsurlaub*

*“Wer mit der Vergangenheit radikal bricht, hat keine Chance zu lernen. Er fordert hilflos das Neue und beweist damit nur, dass er nichts zu bieten hat.”*

Mit diesem Artikel soll versucht werden, auf den Abgesang des revolutionären Antifaschismus zu reagieren, sich kritisch mit den Ansätzen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) auseinanderzusetzen und einige, nicht ganz neue, aber meiner Meinung nach (immer noch) richtige, inhaltliche Positionen zur Diskussion zu stellen.

In vielen linksradikalen/antifaschistischen Gruppen ist eine Abwendung vom (revolutionären) Antifaschismus und eine Hinwendung zu anderen Themen zu beobachten. Damit einher geht die Aufgabe von einst vertretenen Positionen. Eine gemeinsame Aufarbeitung der zehnjährigen Praxis des “Konzept Antifa”, die diese Entwicklung nachvollziehbar macht, findet nicht wirklich statt. Die Hinwendung von vielen Gruppen zu antideutschen Positionen macht die nötige Aufarbeitung und eine daraus gemeinsam entwickelte Neubestimmung und Weiterentwicklung auch unmöglich. Antideutsche Positionen denunzieren nicht nur einst vertretene Ansätze (z.B. Bündnisarbeit), sondern linksradikale Politik (z.B. Antiimperialismus) als solche und etablieren reaktionäre und metropolenchauvinistische Positionen. Auf diese werde ich später noch eingehen.

## **Kritik am revolutionären Antifaschismus**

Ein Teil der ehemaligen Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) schrieb zu ihrer Auflösung: “Die Politisierung und

Radikalisierung interessierter Jugendlicher sollte vor allem über die praktische Konfrontation mit Nazis und Staatsgewalt erfolgen: ... für die aktuelle politische Situation ist es nicht hinreichend” und begründen mit den veränderten Bedingungen ihre “Abkehr vom Konzept des revolutionären Antifaschismus”. Diese Aussagen stehen nicht nur in einem gewissen Widerspruch zum 1998 formulierten Anspruch: “Nazis stellen eine konkrete Bedrohung dar (...) für jede linke Gruppe ist es daher zwingend, sich der Konfrontation mit den Faschisten zu stellen”. Sie erwecken auch den Eindruck, dass die SchreiberInnen ein ziemlich funktionelles Verhältnis zum Antifaschismus haben/hatten. Wie diese veränderten Bedingungen aussehen, die es nicht mehr als zeitgemäß erscheinen lassen, Jugendliche über Antifaschismus zu politisieren und radikalieren, wird nicht schlüssig erklärt.

Das Konzept “Revolutionärer Antifaschismus” ist nicht aufgrund der veränderten Bedingungen an Grenzen gestoßen, die (absehbaren) Grenzen bestanden vielmehr von Anfang an. Sie bestanden schon darin, alle Widersprüche unter die Thematik zu summieren und eine Organisation der radikalen Linken am Thema zu konzentrieren. Trotz anderer Absichten wurden dadurch andere Teilbereichskämpfe abgewertet und geschwächt. Aber (revolutionärer) Antifaschismus ist/war eben auch “nur” ein Teilbereichskampf und die politische

Bedeutung einer (notwendigen!) Organisierung linksradikaler Gruppen liegt gerade in der Zusammenführung und gemeinsamen revolutionären Perspektive aller Teilbereichskämpfe. Diese Kritik ist nicht neu, sie ist so alt wie die AA/BO, z.B. schrieb Fels 1996: "Die AA/BO ist eine klassische recht verbindliche Teilbereichsorganisation (...) Themen, die nichts mit AntiFa zu tun haben, sind kaum durchzusetzen, die politische Analyse bezieht sich fast ausschließlich auf den Ausgangspunkt Faschismus."

Dennoch hatte/hat dieser Ansatz – trotz aller Schwächen – seine Berechtigung. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit konsequenten antifaschistischen Engagements und der Anspruch, Faschismus – verknüpft mit anderen Unterdrückungsverhältnissen – zu thematisieren, waren die inhaltlichen Stärken der AA/BO. Auch praktisch hatte sie einiges zu bieten. Presse- und Jugendarbeit, Vernetzung, Organisation usw. haben ihre Notwendigkeit und Effizienz bewiesen.

Der theoretische Ansatz, die Zusammenhänge von Faschismus und Kapitalismus zu thematisieren, wurde in den letzten Jahren innerhalb der AntiFa-Gruppen immer mehr in Frage gestellt. Ein Teil der aufgelösten AA/BO schrieb: "Die notwendige Formulierung des Zusammenhangs von Kapitalismus und Faschismus (...) kam meist nicht über einen kurzen Ansatz hinaus – trotz der zentralen Bedeutung im Konzept des revolutionären Antifaschismus. Doch trotz einer genaueren Analyse dieses Zusammenhangs und einer Weiterentwicklung dieses Ansatzes findet eine Aufgabe der anfangs vertretenen Ansprüche und eine Hinwendung zu antideutschen Po-

sitionen in vielen Gruppen statt, was mit den (pseudo-)antikapitalistischen Phrasen der Nazis begründet wird.

### ***Gegen Nazis, Staat und Kapital***

Das kapitalistische System nutzt rassistische und patriarchalische Denkmuster für die Stabilisierung und Maximierung der eigenen Herrschaft, es ist für sein reibungsloses Funktionieren auf diese angewiesen. Aus diesem Interesse fördert das System die erwünschten Denkmuster propagandistisch.

Vor diesem Hintergrund entsteht eine Interessenvertretung von Kapital auf der einen Seite und Faschisten auf der anderen, die dazu führt, dass sich beide Seiten zur Durchsetzung der eigenen Interessen/Politik (be-)nutzen. Dies leugnet weder eine Massenbasis rassistischer und patriarchalischer Ideologien, noch andere Ursachen für diese. Dennoch bleibt das Anerkennen und Verstehen der Zusammenhänge zwischen Faschismus und Kapitalismus fundamental, sowohl für wirksame antifaschistische Politik, als auch für kommende revolutionäre Kämpfe insgesamt.

Die Überschneidung der Interessen von Nazis und Kapital, sowie die Instrumentalisierung rassistischer und patriarchalischer Ideologien durch die Herrschenden sind mit Blick auf die Geschichte eine Konstante und spiegeln sich in vielen Regionen der Welt auf unterschiedlichste Weise wider (z.B. Freicorps, Faschismus in Europa, Militärdiktaturen und Counterbanden in Lateinamerika, Gladio usw.). Beispiele für Gemeinsamkeiten der Interessen in der derzeitigen Situation, will ich an – nicht ganz neuen – Überlegungen verdeutlichen.

Die totale Unterwerfung und Überausbeutung der sogenannten Dritten Welt durch die Metropolen bzw. deren multinationalen Konzerne und internationalen Institutionen (z.B. IWF und Weltbank) erzeugen nicht nur unsägliches Elend, sondern auch gewaltige Migrationsbewegungen. "Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur Rauchschwaden eines Vulkans sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörung, mit welcher der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung."

Diese Migrationsbewegungen belasten die Metropolenländer und beeinträchtigen deren Stabilität, was diese dazu bewegt, sich abzuschotten. Natürlich muss das System von den Fluchtursachen ablenken und braucht eine Legitimation für die rassistische Politik, wie Festung Europa, Residenzpflicht, Abschiebeknäste und all die anderen unmenschlichen Maßnahmen. Deshalb werden Rassismen propagandistisch gefördert und in der Bevölkerung verankert, um sowohl freie Hand zu haben, ohne eine Solidarisierung mit den Flüchtlingen zu riskieren, als auch das Arsenal der Abschreckungsmaßnahmen um das bedrohliche Moment des Pogroms zu erweitern. Darin wird auch eine Interessenüberschneidung mit Faschisten mehr als deutlich.

Die seit Jahrzehnten ständig wachsende Internationalisierung der Produktionsprozesse hat mit dem Zusammenbruch der sogenannten realsozialistischen Staaten ein neues Stadium erreicht, die neoliberale Globalisierung hat die soziale Lage der Menschen, gerade in den

"Dritte-Welt-Ländern" um ein Vielfaches verschärft. Mit dieser Globalisierung ist auch die Flüchtlingspolitik der europäischen Länder viel repressiver geworden. Die rassistische Hetze durch die Massenmedien hat enorm zugenommen und rassistischen Ideologien damit eine Massenbasis verschafft.

Doch auch hier, in den Metropolen, schlägt sich der Prozess der kapitalistischen Globalisierung immer deutlicher nieder. Die Folgen dieses Prozesses sind vor allem dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, wachsende Verteilungsungleichheit zugunsten der Kapitaleinkommen, Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme, mit dem Effekt der Minderung von Leistungen und Garantien und der Herausbildung und Zunahme einer sozialen Schicht von Armen. Der Staat als politischer Garant dieses Prozesses wird dies in seiner jetzigen organisatorischen und politischen Form immer weniger leisten können. Er ist (wieder zunehmend mehr) auf rassistische und patriarchalische Ideologien angewiesen. Die Spannungen und Brüche könnten zunehmend explosiver werden. Und da absehbar ist, dass sich explosive Massenausbrüche nicht allein mit den Mitteln einer Repressionsmaschinerie und der technologischen Gewalt von Überwachung und Kontrolle entschärfen lassen, es also mit der Ruhe im Land vorbei sein könnte, wird es zur Überlebensfrage des Systems, ob es ihm gelingt, nennenswerte Teile der sozialen Bewegungen zu desorientieren. Und hier muss es auf die Faschisten setzen.

Wenn der Staat nicht selbst offen faschistisch werden will, dann ist er darauf angewiesen, dass in den anstehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die Faschisten einen nen-

nenswerten Einfluss gewinnen, um die soziale Unzufriedenheit immer wieder nach unten zu kanalisieren und revolutionäre Tendenzen zu bekämpfen. Das erklärt auch, warum die Nazis Bullenschutz, eingestellte Verfahren, milde Gerichtsurteile kriegen und mit den Geheimdiensten auf bestem Fuße stehen. Dies sind weder Ausnahmen, noch eine spezifisch deutsche Praxis, eine Zusammenarbeit von Faschisten und dem Repressionsapparat bzw. Geheimdiensten ist (fast) überall auf der Welt gängige Praxis kapitalistischer Herrschaftssicherung. Diese Zusammenhänge herzustellen, zu analysieren und zu thematisieren, bleibt Aufgabe antifaschistischer und linksradikaler Politik.

Dieser Aufgabe wurde leider auch die AA/BO trotz ihres Anspruchs "Antifaschismus als Hebel für die Vermittlung antiimperialistischer Politik" zu thematisieren, nicht gerecht. In den letzten Jahren ist sogar eine Aufgabe dieses

Anspruchs zu beobachten. Weder das Bekanntwerden von "Gladio"-Strukturen Anfang/Mitte der 90er, noch die immer deutlicher werdende extrem hohe Dichte von V- und Geheimdienstleuten in faschistischen Strukturen, sowie die Stellungen und Funktionen dieser Leute warfen/werfen Fragen innerhalb der antifaschistischen Bewegung auf, geschweige denn, dass diese thematisiert werden. Statt dessen entwickeln viele Gruppen antideutsche Positionen, die die Zusammenhänge von Faschismus und Kapitalismus negieren, frühere Ansätze nicht nur aufgeben, sondern oftmals sogar in ihr Gegenteil verkehren und zum Teil von den Herrschenden gewünschte Denkmuster von Links reproduzieren.

### **Gegen ein völkisches Anti-Deutschum**

"Antideutsch" war/ist eigentlich ein rechter Kampfbegriff mit langer Tra-

www.nadir.org/camp03

BOF

BOITRO

>> fuer globale bewegungsfreiheit

>> verwertungslogik und rassistische ausgrenzung angreifen

antirassistisches  
**grenzcamp**  
31.07.-10.8.2003 koeln

incl. 3-taegiges auftaktforum  
antirassismus ausbuchstabiert

dition. Von der Nazipropaganda wurde und wird er in bewusster Anlehnung an "antifaschistisch" auf alles angewendet, was im Widerspruch zur faschistischen Politik steht. Sämtliche sozialen und politischen Konflikte werden im Dualismus deutsch/antideutsch aufgelöst und dadurch antifaschistische Politik als gegen alle gerichtet verunglimpft, die deutscher Abstammung oder Sozialisation sind. Dieser Tradition des Schlagwortes "antideutsch" scheinen sich seine AnhängerInnen genausowenig bewusst zu sein, wie der Reproduktion völkischer Denk- und Argumentationsweisen, z.B. mit der Vorstellung eines nationalen Kollektivs, einer deutschen Interessengemeinschaft. "Volksgemeinschaft" ist die hierfür von Antideutschen übernommene völkische Vokabel. (Wer oder was ist eigentlich deutsch und wer oder was nicht?)

Auch wenn es richtig ist, dass Rassismus nicht nur von Staat, Kapital und einer faschistischen Minderheit ausgeht, sondern von großen Teilen der Bevölkerung getragen wird, bleibt es falsch, dies als gesellschaftlichen Konsens aufzufassen und zu beschreiben. Natürlich ist Rassismus ein eigenständiger Widerspruch, aber dieser wirkt mit anderen sozialen Widersprüchen zusammen, welche sich wechselseitig beeinflussen und überlagern. Antideutsche Positionen scheinen dies genau so zu ignorieren, wie die Ursachen von Rassismen. Durch dieses Ignorieren entsteht eine Politik, die die (wahren) Deutschen zu Feinden erklärt (Deutsche = rassistischer Mob = Feinde) und auf eine Vermittlung linker Positionen verzichtet.

Ein Paradoxon des Antideutschtums liegt darin, dass die meisten seiner An-

hängerInnen in Deutschland geborene Weiße sind. Folgt mensch deren Argumentationsmustern, müssten diese gegen sich selbst und ihre Familien sein.

Der Gipfel antideutscher Gehirnakrobatik offenbart sich bei deren Sicht internationaler Politik. Aus einer (berechtigten) Kritik am (linken) Antisemitismus ist eine offen pro-imperialistische Positionierung mit rassistischer Argumentation (Araber = Antisemiten) geworden. Die Antiglobalisierungs- und Friedensbewegungen werden pauschal mit schwachen Argumenten, aber starken Worten, wie antisemitisch, rassistisch, völkisch usw. diffamiert, imperialistische Kriege in einer rassistischen und metropolenchauvinistischen Logik (Krieg gegen Barbarei) legitimiert und die Militär- und Apartheitspolitik der israelischen Regierung für notwendig erklärt. Dass die Antideutschen aber selbst antisemitisch argumentieren (z.B. mit der Gleichsetzung von Finanzkapital und Judentum) und israelische/jüdische Linke als AbweichlerInnen an der jüdischen Sache diffamieren, ist dann nur noch die konsequente Fortsetzung ihres geistigen Irrsinns. Aber ich will das jetzt nicht weiter ausführen, weil der Sinn dieses Artikels ein anderer ist. Es ging mir zum einen um die unveränderte Notwendigkeit antifaschistischer Politik und zum zweiten um die Möglichkeit bzw. Notwendigkeit, diese mit anderen sozialen Kämpfen zu verbinden. In diesem Sinne – für die Weiterentwicklung des revolutionären Antifaschismus als Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen revolutionären Befreiungsperspektive! Den Widerstand organisieren!

# Angekippt

## Der Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2003 in Halle.

Am 1. Mai demonstrierten etwa 1 000 bis 1 200 Neonazis aus dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" unter dem Motto "Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze" in Halle. Die Nazis waren nahezu aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, als Redner versuchten sich u.a. Christian Worch, Dieter Riefling und Gerd Ittner.

Aus Protest gegen den Aufmarsch versammelten sich, aufgerufen vom DGB und dem Neuen Theater, etwa 300 Menschen (Bürger, Vertreter der Stadt etc.) auf dem Markt und rund 400 weitere auf dem Universitätsplatz. Während sich die dort Anwesenden darauf beschränkten, abseits der Route der Neonazis ein "Zeichen" zu setzen, versuchten

etwa 400 bis 600 Angehörige der linken Szene ihren Protest direkt am Rand der rechten Demonstration zum Ausdruck zu bringen. Nachdem einige Nazis bei der Anreise zur Demonstration durch kleinere Gruppen von Antifaschisten behindert wurden, setzte sich der Demonstrationzug der Nazis gegen 12 Uhr 30 in Bewegung. Nach etwa 700 Metern wurde er jedoch gestoppt. Der Grund: Am Universitätsring, rund 200 Meter vor den Nazis, hatten sich 200 bis 300 Anti-

faschisten zu einer Sitzblockade zusammengefunden.

Die Polizei versuchte zunächst die Blockade zu räumen und trieb die Blockierer einige Meter vor sich her. Polizisten – natürlich die Magdeburger Hundertschaft – schlugen wahllos um sich und mehrere Personen wurden von Polizeihunden gebissen. Es gab mehrere Verletzte, die ärztlich behandelt werden mussten. Die Räumung gelang



*Blockade am Uniring - Polizei versucht erfolglos zu räumen - Folge: Umleitung*

trotz dieses brutalen Vorgehens nicht, da die vorher vertrieben Antifaschisten zum Glück aus Personalmangel der Polizei nicht weggehaftet werden konnten. Stattdessen setzten sie sich ruhig ein paar Meter weiter hinten wieder hin, so dass schließlich die Nazidemonstration nach etwa einer halben Stunde über eher unbewohnte Straßenzüge (Geiststrasse, Abderhaldenstrasse, vorbei an der Landwirtschaftlichen Fakultät, Ludwig-Wucherer-Strasse) zum Steintor umgeleitet wurde.

Während die Nazis dort ihre Zwischenkundgebung abhielten, versammelten sich etwa 200 bis 300 Gegendemonstranten am Stadtpark, direkt am weiteren Verlauf der Demonstrationsroute. Antifas und Punks bauten Barrikaden und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Dabei gab es auch Sach- und Personenschaden bei der Staatsmacht. Aufgrund dieser Auseinandersetzungen,



*Ganz hübsche Barrikade auf der Magdeburger Strasse - Folge: Umleitung Nr. 2*

der Barrikaden und der wachsenden Zahl von Gegendemonstranten, die im Stadtpark eintrafen, wurde die Nazidemonstration erneut umgeleitet. Die Nazis marschierten nun durch die Volkmanstrasse (rechts: vor allem unbewohnte Häuser, links: Fabrikanlagen), über eine Hoch- und Schnellstrasse, die in etwa 25 Meter Höhe über den Riebeckplatz führt, zum Bahnhof, wo ihre Abschlusskundgebung stattfand. Von dort aus versuchten schließlich noch einmal rund 30 bis 50 Teilnehmer des Neonaziaufmarsches, die Demonstration in Richtung Innenstadt zu verlassen. Nach wenigen Metern wurden sie jedoch von der Polizei zurück zum Bahnhof geleitet. Kleinere Gruppen von Nazis hatten den Demonstrationzug schon vorher verlassen und

versucht, ebenfalls in die Innenstadt zu gelangen. Dort wurden sie z.T. von Antifaschisten attackiert oder von der Polizei zurück zum Bahnhof gebracht.

Bei der Abschlusskundgebung der Neonazis wurde dazu aufgerufen, der um 17 Uhr beginnenden linken Maidemonstration in Merseburg, nur wenige Kilometer von Halle entfernt, einen Besuch abzustatten. Rund 100 Nazis setzten sich daraufhin per Bahn in Richtung Merseburg in Bewegung. Da die Polizei den dortigen Bahnhof jedoch abspernte und die Nazis nicht in die Stadt ließ, blieben sowohl der Besuch als auch Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Teilnehmern

der Merseburger Maidemonstration aus.

Fazit: Auch wenn die Zahl der Gegendemonstranten im Rahmen des Erwarteten lag (am gleichen Tag fand eine Vielzahl weiterer Demonstrationen gegen Neonaziaufmärsche in Dresden und Berlin, linke Maidemonstrationen in Berlin, Dessau, Merseburg etc.) statt, wirkte die Polizei trotzdem vielfach überfordert. Insbesondere aufgrund der zwei Umleitungen des Neonazizuges sowie der Besetzung von zentralen Punkten durch die Polizei, beschränkte sich die direkte Konfrontation vor allem auf Auseinandersetzungen mit dieser. Auch wenn die Nazidemonstration nicht verhindert werden konnte (damit hatte aufgrund der großen Anzahl von Nazis und Polizisten auch niemand ernsthaft gerech-

net), konnte der Aufmarsch mehrfach wirkungsvoll behindert werden. Einige Neonazis wurden bei der Anreise behindert und es gab wohl auch - durch kurze, aber heftige Auseinandersetzungen mit Antifaschisten - einige Verletzte unter ihnen. Es flogen Eier und Farbbeutel

auf Demonstrationsteilnehmer und der Aufmarsch musste zwei Mal über abgelegene Straßenzüge umgeleitet werden. Ein grosses Lob geht an die sehr gute Kommunikation, man wusste immer wo? wer? war. Alles in Allem bleibt jedoch: 1 000 Nazis sind 1 000 zu viel.

## **Mindestens 29 Verletzte bei Polizeieinsatz**

### ***Presseerklärung des ROTE HILFE e.V. – OG Halle***

Während des am 1. Mai 2003 von einer "Initiative für Arbeit, Freiheit und Frieden" angemeldeten Naziaufmarsches kam es am Universitätsring (auf der Route der Nazis) zu einer Sitzblockade von etwa 200-250 Gegendemonstrantinnen und -demonstranten. Als die Polizei versuchte die Blockade zu beenden, kam es zu einem völlig überzogenen und brutalen Polizeieinsatz gegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzblockade. Bei der Auflösung der Sitzblockade setzte die Polizei Schlagstöcke und eine Hundestaffel ein. Dabei gingen Polizeibeamte massiv gegen die BlockadeteilnehmerInnen vor, wobei teilweise gezielt in Richtung der Köpfe der Betroffenen geschlagen und getreten wurde.

Insgesamt wurden während des Polizeieinsatzes gegen die Sitzblockade mindestens 29 Personen verletzt, wobei der Polizeieinsatz auch dann noch weiter ging, als die Nazidemonstration schon auf eine andere Route umgelenkt war. Nach den bisherigen Auswertungen der Aussagen von ZeugInnen und Betroffenen ist die Zahl der Verletzten jedoch wesentlich höher einzuschätzen. Etliche ZeugInnen und Betroffene des Polizeieinsatzes gehen von mindestens 50% Verletzten aus den Reihen der 200-250 BlockadeteilnehmerInnen aus.

Etliche Personen erlitten durch Schläge und Tritte Gehirnerschütterungen, teilweise schwere Prellungen und Hämatome sowie Schürfwunden. Nachfolgend noch einige Beispiele: Einer Person wurde bei dem Polizeieinsatz die Hand angebrochen. Einer anderen der Finger. Mindestens zwei weitere Person wurde durch Bisse von Polizeihunden verletzt. Eine Person wurde bei der Auflösung der Blockade an den Haaren gezogen und zusätzlich getreten und dann an den Haaren zum Rand gezerrt. Da sie sich nicht schnell genug von dort entfernen konnte, wurde sie mehrere Male ins Gesicht geschlagen. Einer anderen Person wurde durch einen Polizeibeamten angedroht: "Ich brech' dir den Arm". Diese Person musste sich in ärztliche Behandlung begeben, da das Handgelenk ruhig gestellt werden musste. Grund war eine schwere Prellung. Wieder einer weiteren Person wurde durch Polizeibeamte der Oberkörper nach hinten gedrückt und daraufhin mit der Faust mitten ins Gesicht geschlagen. Danach wurde diese Person aus der Blockade geschliffen. Als sie sich nicht schnell genug entfernen konnte, da dort viele Menschen standen, schlugen und traten Polizeibeamte weiter zu.

Mehrere Personen prüfen derzeit rechtliche Schritte gegen die Polizei, wohl wissentlich, dass Strafanzeigen gegen Polizeibeamte in der Regel keine Aussicht auf Erfolg haben und diese im Allgemeinen Gegenanzeigen wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte erhalten.

Wir werten den Polizeieinsatz als Kriminalisierungs- und Abschreckungsversuch gegenüber Menschen, die ihren Protest gegen Naziaufmärsche dort zeigen, wo Nazis marschieren.

Wir fordern sofortige Konsequenzen für die eingesetzten Polizeibeamten und ihre Vorgesetzten, sowie die politisch Verantwortlichen! Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamte - jetzt!

## Weg mit Black Jack und Club 88!

### *Aufruf der Autonomen Antifa Genthin zur Demo vom 7.6.*

Seit geraumer Zeit versuchen Faschisten, sich in Genthin und Umgebung feste Strukturen aufzubauen, was ihnen teilweise auch gelang und in der bürgerlichen Gesellschaft auch

Aufkleber, die eben jenem "Klub" zuzurechnen sind, auf denen zu lesen ist: "Stoppt Tierversuche – nehmt Behinderte" (letzteres variierbar).

Auch in Genthin hat sich einiges getan:



der Laden "Black Jack" in der Mühlenstraße setzt jetzt auf die nationale Kundschaft der Region. Was sich lange jeder von uns gedacht hat, wurde jetzt mehrfach bestätigt, z.B. nach der letzten antifaschistischen Demonstration,

als selbstverständlich hingenommen wurde und wird. Nachdem der Sommer des "Aufstandes der Anständigen" wieder abgeklungen ist und im Prinzip nichts erreicht wurde außer der Beruhigung der eigenen Bevölkerung und das Geraderücken des eigenen Ansehens im Ausland, gilt das Konzept in den Augen der radikalen Linken als gescheitert – der Faschismus in der BRD, und nicht nur hierzulande, wirkt unvermindert fort.

So stört es scheinbar auch niemanden, wenn sich in Brettin in zwei Bauwagen regelmäßig Jugendliche treffen, ihr Bier trinken und am Wochenende Naziparolen brüllen oder mal wieder die dortige Schule mit faschistischen Symbolen und braunen Parolen besprühen. Auch andere Aktionen werden dort geplant und ausgeführt; ein Beispiel sind

in deren Anschluss DemoteilnehmerInnen von mehreren Faschisten aus dem Laden heraus angegriffen wurden.

Ein weiterer Beweis für faschistische Umtriebe in Genthin ist das im April durchgeführte Nazikonzert, organisiert von Mario Trull, welches von "Kameraden" aus dem nördlichen Bundesgebiet auch gut besucht wurde. Im Zusammenhang mit diesem Konzert kam es zu den ersten nennenswerteren Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Neofaschisten seit langer Zeit in unserer Region. Nachdem mehrere alternative Leute angegriffen wurden, entschlossen sich AntifaschistInnen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Angriffsversuche der Konzertteilnehmer vorzugehen. Dabei wurden mehrere Faschisten verletzt.

### *The same proucidere like last year?*

Im letzten Jahr kam es nach einer antifaschistischen Demonstration in Genthin zu Ausschreitungen, nachdem AntifaschistInnen versuchten, zu dem Genthiner Naziladen "Black Jack" vorzudringen. Es kam zu mehreren Festnahmen und einigen Verletzten, die durch sich im Naziladen befindliche Nazis angegriffen wurden. Wir wollen dieses Jahr auf diese Ausschreitungen verzichten, Gewalt ver-

meiden und versuchen, der Genthiner Bevölkerung anders bewusst zu machen, dass dieser Laden nicht aus vermeintlichem "Vandalismus" immer wieder Steinen zum Opfer fällt. Dass die bürgerliche Schicht in Genthin keinen Wert darauf legt, sich mit dem offensichtlichen faschistischen Problem hier zu befassen, ist uns mehrfach aufgefallen und es hat u.a. durch negative Presse und Interventionen in unsere Planungsstrukturen oft zu Misserfolgen von Aktionen geführt. Des-

## **Die Demo**

### *Bericht eines Berliner Antifas*

Genthin, die „Perle am Kanal“, hat mehr zu bieten, als das Persil-Denkmal. Es gibt hier auch eine ganz beschauliche Antifa. Schon unmittelbar nach der Abfahrt aus Berlin machte sich im Regional-Express nach Magdeburg ein ziemlicher Gestank breit. Wie sich alsbald herausstellte waren neben der Bahnpolizei (BGS) auch noch zwei PMSler an Bord. Den ersten Anlass zum Stress gab eine völlig dekompenzierte Zugbegleiterin, die ziemlich rumnervte und dann auch noch einen Fahrgast mit „Du Arsch“ begrüßte. Dieser ließ sich dann nicht nehmen, sie wegen Beleidigung anzuzeigen, zumal ja wie oben erwähnt genügend Vertreter der Exekutive vertreten waren. Die waren anfangs nicht so recht zu motivieren, aber irgendwann klappte es dann doch mit der Anzeige. Bis Potsdam waren dann die BGSler bereits verschlissen und wurden durch neue ausgetauscht und verstärkt.

In Genthin wartete dann ein Großaufgebot an Polizei, die von allen die Personalien aufnehmen wollten. Einen Grund für diese Maßnahme konnten die Bullen aber nicht geben, nicht einmal Polizeirat Schellbach von der Polizeidirektion Stendal, der sich diesen Dummfug hat einfallen lassen. Genauso idiotisch waren die Auflagen, die zu Beginn der Demo verlesen wurden. Neben dem üblichen Palaver wollten sie keine Seitentranspis, dass Gehwege nicht benutzt werden und keine Flaschen oder Büchsen mit auf die Demo kommen (ein paar Punks mussten daher ihren Kasten noch auf dem Bahnhof leeren).

Die Demo selbst war leider nur gering besucht - ca. 120 bis 150 Leute - , was aber der Stimmung keinen Abbruch tat. Die Musik vom Lauti war ok, die Parolen laut und die (Seiten-)Transpis schön bunt. Irgendwann während der Demo wurden dann mehr und mehr Bereitschafts- gegen fette schwitzende Dorfbullen ausgetauscht. Kurze Rast am Super-Döner mit deutscher Küche und zurück zum Bahnhof. In Genthin gab es - soweit ich das gesehen habe - nicht eine Festnahme.

*Quelle: de.indymedia.org*

halb werden wir dieses Jahr versuchen, auch bürgerliche AntifaschistInnen mit auf die Straße zu holen, um ein möglichst breites Spektrum für diese Demo zu gewinnen und zu verhindern, dass unser Anliegen wieder durch bewusste Eskalationstaktiken der Polizei und Hetze durch die Presse zerstört wird.

### **Unwissende Dorfbevölkerung**

Der Club 88 in Brettin ist zwar kein von der Gemeinde getragener, offizieller Verein, wird aber doch von der dort ansässigen Bevölkerung akzeptiert und toleriert. Auch die Nazi-Sprühereien scheinen die Bevöl-



kerung nicht in Unruhe oder Besorgnis zu versetzen. Nachdem SchülerInnen der Brettiner Sekundarschule bereits mehrfach verbal durch Faschisten angegriffen wurden, wurden durch die Schülerschaft vermehrt Forderungen laut, doch etwas gegen die Faschisten und ihren zentralen Treffpunkt zu unternehmen. Da davon ausgegangen werden kann, dass das Grundstück, auf dem sich die Bauwagen befinden, nicht den Nutzern selbst gehört, wäre es doch ein Ansatz, das Grundstück den Nazis nicht länger zur Verfügung zu stellen. Ein konsequentes Vorgehen gegen diesen Braunschimmel in

Brettin wäre ein erster Schritt um faschistischen Ideologien nicht weiterhin einen Raum zu bieten und perspektivisch die Nazistrukturen zu zerschlagen.

### **Faschismus bei uns kein Thema**

So hieß es vor 3 Jahren seitens eines Genthiners, der an der vom Bürgermeister initiierten Veranstaltung "Braucht Genthin antifaschistischen Widerstand?" teilnahm. Die Blauäugigkeit aller Stadtväter dürfte sich nach Durchführung besagten Nazikonzerts erledigt haben und die Fragestellung müsste heißen: wie können wir antifaschistischen Widerstand unterstützen?

Doch stattdessen fordern Stadträte ein Demoverbot für AntifaschistInnen, was einerseits wieder einmal staatliche Repressionen gegenüber antifaschistischem Widerstand offenkundig werden lässt und auf der anderen Seite aufzeigt, dass versucht wird, den Nazistrukturen

weiteren Handlungsraum zu schaffen. Dieses Handeln wird genau so lange andauern, bis die ersten Stimmen laut werden und Genthin letztendlich als verlorenes braunes Nest gilt – wie so viele andere Orte – ob zu Recht oder zu Unrecht. Doch ein größeres Problem sind da scheinbar kaputte Scheiben am Bahnhof: da wird gleich Videoüberwachung gefordert, denn Vandalismus, das ist ein Problem - rechte Gewalt scheinbar nicht.

*Dieser Beitrag wurde redaktionell gekürzt.*

# Das Deutschtum in Sachsen-Anhalt

## *Eine unvollständige Chronik*

Wie hier nicht zum ersten Mal berichtet, klafft zwischen den Verlautbarungen diverser (Lokal-)Politiker und der Realität eine breite Lücke. Nachdem von der FH Magdeburg-Stendal eine Regionalanalyse zum Rechtsextremismus in der Altmark vorgelegt wurde, gab es zahlreiche Wortmeldungen sich wohl getroffen fühlender Politiker. Gardelegens Bürgermeister Fuchs gab sich in der "Volksstimme" vom 8.4. sogar "empört und schockiert", sprach von "Rufmord" und Jugendgerichtshelfer Wulff assistiert ihm: "Es gibt kein extrem negatives Auftreten Rechtsorientierter in der Öffentlichkeit. Fragt sich nur, was der gute Mann unter "extrem" versteht. Andererseits ist ihm auch beizupflichten – die meisten Heldentaten der national gesinnten Mitbürger finden eben nur real – selten aber in den Medien – statt. Ein paar von ihnen wollen wir hiermit ans Licht der (Gegen-)Öffentlichkeit zerren.

Neben ihrem Engagement für den "Frieden" auf diversen Antikriegsdemos in Sachsen-Anhalt hatten die Nasen wohl noch genügend Zeit für ihr nicht eben friedliches Agieren gegen Linke und AusländerInnen. Am 25.3. kam es aus einer Gruppe von 10 Neonazis zu einem brutalen Übergriff auf einen alternativen Jugendlichen in der Dessauer Innenstadt. Mindestens 4 Angreifer traten unter anfeuernden "Sieg Heil" und "Zecke verrecke"- Rufen mit Springerstiefeln auf das Opfer ein und versetzten dem Jugendlichen mehrere Faustschläge ins Gesicht. Dabei wurde der Geschädigte massiv im Kopf-, Bauch- und Rückenbereich verletzt. Der Über-

griff ereignete sich an einem zentralen und öffentlichen Platz Dessaus, dennoch bewirkten die lauten Schreie des Opfers keine praktische Hilfe. Gegen zwei Taxifahrer wird zur Zeit wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelt. Als vermutlicher Haupttäter und Rädelsführer konnte der einschlägig bekannte Neonazi Andreas R. aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst identifiziert werden.

Nur drei Tage später postieren sich mindestens 20 Neonazis mit diversen Schlagwaffen vor dem Alternativen Jugendzentrum (AJZ) in Dessau. Es werden verbale Drohungen wie "Na dann bis nächste Woche!" ausgestoßen. Neben bekannten Dessauer Neonazis konnten auch Nummernschilder aus dem Muldetalkreis, Anhalt-Zerbst und Leipzig festgestellt werden. Einige der beteiligten rechten Provokateure waren vor dieser Aktion am selben Tag bereits bei der Anti-Kriegsmahnwache im Stadtzentrum Dessaus gesichtet worden.

In Dessau hat sich offensichtlich die Grünfläche vor dem Dessauer Hauptbahnhof als ein informeller Treffpunkt rechtsextremer Jugendlicher herauskristallisiert. Neben kollektiven Büchsenbiertreffen werden von dort aus immer wieder alternative Jugendliche und AusländerInnen bedroht und mit rassistischen Sprüchen bedacht.

In Schönebeck fotografierten bei einer Kundgebung gegen den Irak-Krieg am 3. April Faschos linke Demonstranten, worauf es zu Auseinandersetzungen mit einigen Verletzungen kam.

Einen Tag später wurde ein 30-jähriger Schwarzafrikaner in Magdeburg von

zwei Glatzen durch Tritte und Schüsse aus einer Gaspistole verletzt. Ein 18-jähriger Schwarzafrikaner, der dem Opfer helfen wollte, wurde mit einer Bierflasche beworfen. Die – bereits einschlägig bekannten – Nazis wurden vorläufig festgenommen.

Am 20. April feiern 25 Neonazis aus dem Umfeld der Gruppierungen "Freie(n) Nationalisten Dessau/Anhalt" und "Bruderschaft Bitterfeld" im Rehsumpf in

Dessau-Waldersee mit einem Lagerfeuer und dazugehörigem Besäufnis den "Hitlergeburtstag".

Am Abend des 23.04. griffen 3 verummte Personen das AJZ in Dessau an. Das Gebäude und BesucherInnen wurden von den Angreifern mit Flaschen beworfen und bepöbelt, es wurde lautstark und mit Knüppeln gestikulierend gedroht und Parolen wie "Sieg Heil!" und "Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!" gebrüllt. Durch bestimmtes und besonnenes Handeln von BewohnerInnen und BesucherInnen des AJZ konnte einer der Täter gestellt und der eintreffenden Polizei übergeben werden. Die beiden anderen Tatbeteiligten wurden ebenfalls von BewohnerInnen und BesucherInnen des Vereinsdomizils erkannt, so dass die anwesenden Beamten sie festnehmen konnten. Der AJZ e.V. stellte Strafanzeige und Strafantrag wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit versuchter, gefährlicher Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Sachbeschädigung. Alle drei Beschuldigten wurden im Anschluss aus dem Gewahrsam entlassen.

Am 8.5. kam es am Rande einer vom Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR) initiierten Kranzniederlegung an Gräbern sowjetischer ZwangsarbeiterInnen und politischer GegnerInnen des Naziregimes auf dem Dessauer Friedhof III zu Provokationen durch Neonazis. Einer der Rechten versuchte einen abfahrenden PKW mit TeilnehmerInnen der BgR-Veranstaltung mit einer Flasche zu bewerfen. Diese allerdings verfehlte das Fahrzeug und traf stattdessen fast eine ältere Mitbürgerin.

**Antifaschistisches Blatt**  
**Info**  
Nr.59 | 2/2003

**Schwerpunkt**  
Rechtspopulismus

**NS-Szene**  
Das Verbot der NPD

**Geschichte**  
FDP: Braune Vergangenheit

**Antifa**  
Die Trennung der AAB  
und vieles mehr...

**Kostenloses Probeexemplar:**  
Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenastr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: [aib@mail.nadir.org](mailto:aib@mail.nadir.org)  
web: [www.nadir.org/nadir/periodika/aib](http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib)  
Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

In Gardelegen wurde am 10.5. ein 30-jähriger von drei Nazis im Alter von 17-21 Jahren mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert. Das Opfer hatte die drei laut grölenden Jugendlichen zur Ruhe aufgefordert. Daraufhin schlugen und traten diese sofort zu. Der Mann wurde vor allem durch die Fußtritte mit Stahlkappenschuhen ins Gesicht verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter wurden noch am Tatort festgenommen, jedoch nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wieder freigelassen. Ein Haftantrag wurde nicht gestellt.

Am Abend des 16. Mai wurde ein 16-jähriger Jugendlicher auf dem Friederikenplatz in Dessau verletzt. Bei dem Angreifer handelt es sich um den US-amerikanischen Austauschschüler Charles K., der zur Tatzeit auf ein Dessauer Gymnasium ging. Charles K. konnten in den letzten Wochen mehrmals am Rande von Aktionen der Neonazigruppierung "Freie Nationalisten Dessau/Anhalt" gesichtet werden. Kurz vor der Messerattacke tauchte Charles K. im Alternativen Jugendzentrum Dessau e.V. auf und ergriff nach seiner Identifizierung schlagartig die Flucht. Auf seinem Fluchtweg traf er auf das Opfer und stach ohne Vorwarnung im Vorbeirennen auf den Jugendlichen ein. Das Opfer erlitt Stichverletzungen im linken Schulterbereich. Die Verletzungen mussten umgehend ambulant-operativ behandelt werden.

In Ziepel (Jerichower Land) wurde eine Einweihungsfeier einer Imbissbude von ca. 15 mit Bomberjacken und Springerstiefeln bekleideten Nazis aus Loburg (bei Zerbst) mit Baseballschlägern, Schreckschusspistolen und Flaschen angegriffen. Die Opfer hatten div. Kno-

chenbrüche, Platzwunden zu beklagen. Die Polizei sprach von einer "Prügelei infolge übermäßigen Alkoholkonsums". Die Angreifer seien keine "Rechtsextremisten", auf Nachfrage räumte der zuständige Polizeichef jedoch ein, dass diese dem "rechten Spektrum" zuzuordnen seien.

Am 4. Juni wurde in Weferlingen (Ohrekreis) auf dem Gelände der DEA-Tankstelle zwei Türken mit ausländerfeindlichen Sprüchen und Gesten attackiert. Bei der darauf folgenden tätlichen Auseinandersetzung wurde der 28-jährige Deutsche und einer der 27-jährigen Türken verletzt.

In Magdeburg wurde zu Pfingsten eine Feier von linken Jugendlichen auf dem Domplatz von drei Nazis gestört. Nach einer verbalen Auseinandersetzung kam es dann zu einer Schlägerei. Dabei wurden drei 18 und 19 Jahre alte Personen der linken Szene leicht verletzt. Der Polizei gelang es, die drei Angreifer im Alter von 20 und 22 Jahren vorläufig festzunehmen. Die drei polizeilich bereits bekannten Beschuldigten wurden nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft nach den Vernehmungen entlassen. Die Verletzten wurden vor Ort ambulant behandelt.

Am 14.6. demonstrierten rund 300 Nazis durch die "Festungsstadt" Magdeburg Olvenstedt – um damit an den "Arbeiteraufstand gegen die Roten" zu gedenken. (Siehe dazu die Meldung auf suspendieren.45)

Am 26.6. kam es anlässlich eines von mehreren hundert Rechten besuchten Konzertes in Sachau (Altmarkkreis Salzwedel) zu einem Grosseinsatz der Polizei, der aber ohne Zwischenfälle verlief. Ende März hatte die Polizei dort ein Konzert noch aufgelöst.

# Gegen Arbeitswahn

## Demo zum „Tag der Arbeit“ in Merseburg

Am 1. Mai sollte diesmal nicht nur (gegen Naziaufmärsche in Halle und anderswo) reagiert, sondern auch mit einer selbstbestimmten Demo agiert werden. Daher wurde in Merseburg zu einer Demo unter dem Motto "Gegen deutschen Arbeitswahn – Für ein selbstbestimmtes Leben" aufgerufen.

Bereits in den letzten Jahren war der 1. Mai in Merseburg ein besonderes Datum, denn für einen Tag wurde die Stadt bunt und verlor ihr tristes, graues, leider auch oft braunes Aussehen. Viele junge Menschen feierten und tanzten zu schöner Reggae-Musik auf den Strassen Merseburgs. Immer öfter waren auch Sprechchöre gegen Nazis zu hören, denn auch bei einer Party-Demo sollte eine gewisse politische Ausrichtung nicht fehlen. Es ist eben genau die Mischung aus Party, Politik und 1. Mai Feeling, die diese – inzwischen schon traditionelle – Demo ausmacht.

Viele der insgesamt rund 350 TeilnehmerInnen kamen von den zuvor stattgefundenen Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Halle. In Merseburg wurden sie durch ein überdimensionales Polizeiaufgebot, bestehend aus BGS und MÖer/MDer Polizei, empfangen, das aber auch dafür sorgte, dass die Neonazis aus Halle die Demo nicht stören konnten.

Am Demotreffpunkt waren auch drei Musikwagen (Reggae, Techno und der Politwagen), die die Leute mit Musik versorgten. Leicht verspätet setzte sich der Umzug in Bewegung, die Stimmung war nicht gerade typisch für den ersten

Mai, was wohl am Vormittag in Halle lag. Der erste Höhepunkt kam, als die Demo am Waffengeschäft des bekannten Neonazis Bornschein vorbeizog. Dort musste sich dieser – geschützt von seinem Kampfhund - "Bornschein – Nazischwein" Rufe anhören. Später ging's dann durch ein großes Neubaugebiet, zahlreiche Menschen waren an ihren Fenstern und schauten auf das bunte Treiben.

Für auswärtige Menschen zeigte sich Merseburg von seiner "schönsten" Seite. An jeder zweiten Laterne war ein Naziaufkleber, und es gab diverse Plakate und Nazisprühereien an den Wänden. Die Nazi Propaganda wurde von den DemoteilnehmerInnen entfernt und teilweise durch antifaschistische Aufkleber ersetzt. Auf dem Markt kam es zu einer Zwischenkundgebung. Das Antifa-Schul-Netz Halle trug einen Redebeitrag zum Thema "Schule im Kapitalismus" vor, die Kernaussage "Smash capitalism – für eine selbstbestimmte Schule" wurde mit Applaus entgegengenommen. Danach ging's weiter zur Abschlusskundgebung auf dem Kliaplatz. Nach dem Redebeitrag des Jugendbündnis Merseburg zum Motto der Demo wurde getanzt, relaxt und gechillt und schließlich die Veranstaltung beendet, mit dem Hinweis, dass es nächstes Jahr wieder auf Merseburgs Strassen gehen würde.

*Gekürzter und redaktionell bearbeiteter  
Beitrag von [www.aif.de.vu](http://www.aif.de.vu)*

### **Neonazi-Aufmarsch verhindern!**

Worch will zum neunten Mal marschieren. Den Antifa-Widerstand organisieren!

12.07., Leipzig  
[www.left-action.de](http://www.left-action.de)

### **„Löwenzahn“-Treffen**

Das ökologische Wohn- und Projekthaus „Löwenzahn“ wird weiter vorangetrieben  
18.07., 18.00 Uhr Thiembuku, Thiemstr. 13, MD

### **Exkursion an der Schrote**

19. 07., 11.00 Uhr Endhaltestelle der Strassenbahn-Linie 6 in Diesdorf, MD

### **Antifa Work Camp 2003**

Arbeitsprojekte, Demo, Konzerte, Aktionen, Lesungen, Eure Ideen, Veranstaltungen, Zeitzeugen, Sommer...  
26.07.-02.08., Weimar, Buchenwald  
[workcamp@gmx.de](mailto:workcamp@gmx.de)

### **Internationales Antirassistisches Aktions-Camp**

Youth for Tolerance  
Diskussion, Street-Art, Theater, Film  
26.07.-16.08., Zora, Halberstadt  
[www.geocities.com/akut03](http://www.geocities.com/akut03)

### **Kurvenreich ist sexy**

Kanutour unter flussökologischen und kulturhistorischen Gesichtspunkten auf der Havel  
28.07.-01.08., Naturschutzjugend (NAJU) im NABU Sachsen-Anhalt e.V., Schleinufer 18a  
[www.naju-lsa.de](http://www.naju-lsa.de)

### **6. Antirassistische Grenzcamp**

In Workshops, Vorträgen,

Plenumsdiskussionen, etc. kann in die Schwerpunkte des diesjährigen Grenzcamps eingetaucht werden. Außerdem soll eine prinzipielle Debatte darüber erfolgen, welche politische und strategische Bedeutung Antirassismus hat.

31.7.-10.8. in Köln  
[www.nadir.org/camp03](http://www.nadir.org/camp03)

## **August**

### **Das Linke Sommercamp**

Auf dem Linken Sommercamp© 2003 sitzt Du mit vielen anderen in brütender Hitze unter schattigen Bäumen und diskutierst über linke Politik gegen den rechten Alltag.

01.-10.8. in der Jugendherberge Beckerwitz / Ostsee  
[www.linkessommercamp.de](http://www.linkessommercamp.de)

### **Anarchistisches Sommercamp**

Auf den bisherigen A-Camps hat sich gezeigt, daß es wichtig ist, einen Ort zu schaffen, an dem sich jedes Jahr Menschen treffen und wiedertreffen, um die Möglichkeit zu nutzen, anarchistische Theorie und Praxis miteinander zu verbinden und zusammen einen spaßigen Urlaub zu verbringen.

01.-10.8., auf der Burg in Lutter am Barenberge  
[www.a-camp.burg-lutter.de](http://www.a-camp.burg-lutter.de)

### **Besichtigung Storchenhof Loburg**

Gemeinsam fahren wir zum Storchenhof in Loburg, um diesen zu besichtigen. Treffpunkt ist der Magdeburger Hauptbahnhof. Die Fahrtkosten müssen selbst bezahlt werden. - Um eventuell günstigere Tickets zu bekommen, wäre

eine Anmeldung unter 01 62-78 68 204 sinnvoll.

02.08. 11.00 Uhr, HBf Magdeburg vor dem Haupteingang

### **Hiroshima-Tag**

Zum Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki findet in der Innenstadt eine größere Aktion der Greenkids statt.

06.08., 15.00 Uhr, MD

### **Anti-Castor-Aktion**

Im Rahmen des AntiAtom-Plenums wird der „Castortransport durch Magdeburg“ vorbereitet. Symbolisch soll hier der Transport einer Mülltonne die Innenstadt zur grundrechtfreien Zone machen.

08.08., 18.00 Uhr, MD

### **11. Internationales Elbe-Saale-Camp**

Seit 1993 führt das Elbe-Saale-Aktionsbündnis jährlich ein Camp zum Erhalt naturnaher Flusslandschaften und zum Schutz von Elbe und Saale durch.

Termin: 02. bis 10.08.

Elbwiesen nahe der Barbyer Fähre

[www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa](http://www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa)

### **Privatisierung des Wassers**

Eine Doku über die Auswirkungen von GATS. FilmClub.

15.08., 20.00 Uhr, Blaue Welt Archiv, MD

### **Exkursion: Stadtpark**

Treffpunkt ist mit Fahrrädern an der Alten Feuerwache Buckau.

16.08., 11.00 Uhr

### **Treibhauseffekt**

Was ist der Treibhauseffekt? Was löst ihn aus? Welche Veränderungen bringt er mit sich? Und was helfen die Klimakonferenzen dagegen?

27.08., 18.00 Uhr Thiembuktu, Thiemstr. 13, MD

### **2. Bundesweiter Aktionstag gegen Abschiebehaft**

Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager

30.08., Bundesweit

[www.abschiebehaft.de](http://www.abschiebehaft.de)

## **September**

### **Selbstorganisation**

Selbstorganisation im Alltag - angefangen bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen ohne sich den Zwängen des Kapitalismus völlig unterwerfen zu müssen bis zu Ideen der Ökonomie von unten, die auch den politischen Alltag unterstützen soll.

03.09., 18.00 Uhr Thiembuktu, Thiemstr. 13, MD

### **Vogelartenbestimmung am Schrotestau**

Nachdem wir uns an der Haltestelle getroffen haben, gehen wir gemeinsam zum Schrotestau, wo wir mit einem Ornithologen die dort lebenden Vogelarten bestimmen wollen.

06.09., 11.00 Uhr Endhaltestelle der Straßenbahn-Linie 6 in Diesdorf

### **Krise des Kapitalismus**

Diskussionsveranstaltung mit Wildcat Deutschland vor der Deflation - Japan seit Jahren in der Depression gefangen - der

“Boom“ der amerikanischen Wirtschaft geplatzt. Massenentlassungen überall. Allein die amerikanische IT-Industrie hat innerhalb von drei Jahren so viele Leute entlassen, wie es die Automobilhersteller in 20 Jahren geschafft haben. Es ist heute klarer als irgendwann in den letzten Jahren: das Kapital steckt in der Sackgasse. Woher aber kommt die Krise? Arbeiterkämpfe? Überkapazitäten? Hat sich der Kapitalismus technologisch totgelaufen? Wie ist die aktuelle Krise strukturiert? Welche verschiedenen Überlegungen über die kapitalistische Krise gibt es? Sind die unvereinbar? Lassen sie sich vermitteln? Was kann das eigentlich für uns heißen, wenn das Kapital in der Krise ist? Diese und andere Fragen wollen wir mit euch diskutieren. Freitag, 19.9., 20.00 Uhr im Blaue Welt

19.9. in Berlin zum ersten Europäischen Bildungsforum auf. Aktionen am Rande der Ministerkonferenz sowie eine Abschlussdemo am 20.9. in Berlin werden Teil des Programms sein.

18.-20.9. Berlin  
www.eef2003.org

### **Ökologische Landwirtschaft**

Die konventionelle Landwirtschaft schädigt Umwelt und Gesundheit. Das zeigen Skandale und Krisen der letzten Zeit deutlich. Die Alternative dazu soll im Thiembuktu vorgestellt werden. 19.09., 18.00 Uhr Thiembuktu, Thiemstr. 13, MD

### **Grufties gegen Rechts**

Im September wird es eine Veranstaltung dazu geben, den genauen Termin bekommt ihr von unseren Webseiten.



**VINYL CD VIDEO SHIRTS**      **FIRST & SECOND HAND**  
**MD HEIDESTRASSE 36 MO-FR 11-19.00 DO - 20.00 SA 10-14.00 UHR**

Archiv, Thiemstr.13, Magdeburg-Buckau  
Infos: [www.wildcat-www.de](http://www.wildcat-www.de)

### **Europäisches Bildungsforum**

Ein Bündnis verschiedener Gruppen ruft anlässlich der Konferenz der europäischen Bildungsminister am 18/

Für weitere Termine:  
<http://www.termine-online.net>  
Unter [www.bwa.black-red.de](http://www.bwa.black-red.de)  
könnt ihr euch in den BWA-Termine-Newsletter eintragen.  
Einsendeschluß für Eure Termine im letzten Quartal 2003 ist der 25. 9.

Schickt eure Artikel & Termine für's nächste Quartal an: [blaue-welt-archiv@web.de](mailto:blaue-welt-archiv@web.de) \* BWA Thiemstr. 13 39104 MD

## Juli

### **Weltordnungskrieg**

Die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung  
Buchvorstellung mit Robert Kurz  
(Nürnberg)

Eine Veranstaltung des Blaue Welt Archivs mit freundlicher Unterstützung von bves.

Freitag, 4.7., 20.00 Uhr im Eine-Welt-Haus, Schellingstr. 3-4  
[www.bwa.black-red.de](http://www.bwa.black-red.de)

### **Greenkids-Treff**

Junge Leute, die etwas für den Schutz der Umwelt tun wollen, treffen sich, um Aktionen zu planen...

04. 07., 18.00 Uhr Alte Feuerwache  
Buckau, Thiemstr. 20, MD

### **Gewässergütebestimmung am Schrotestau**

Zusammen mit eineR BiologIn werden die biologische und chemische Qualität des Biotops ermittelt.

05. 07., 11.00 Uhr Endhaltestelle der Strassenbahn-Linie 6 in Diesdorf, MD

### **Infoabend „Schutz der Elbe“**

mit Ernst-Paul Doerfler.

Doerfler stellt die Bedeutung der Elbe als einer der noch natürlichsten Flüsse der BRD dar, informiert über die Gefahren durch Flussbaumaßnahmen und wie mensch aktiv werden kann.

09. 07., 18.00 Uhr Thiembuktu, Thiemstr. 13, MD

### **Radtour zum Antifaworkcamp**

Vorbereitungstreffen

Auch dieses Jahr wird es ein paar arme, verrückte Schlucker geben, denen

Auto/Bahn zu teuer sind und die deshalb mit Fahrrad nach Weimar fahren. Wie die ganze Sache konkret aussehen soll, wird hier besprochen.

09. 07., 19.30 Uhr Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13, MD

### **Anders einkaufen in Magdeburg**

Die FoodCoop - eine ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft für Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau und für Naturwaren – stellt sich vor.

10.07., 16.30 Uhr, ÖZIM, Harsdorfer Str. 49, MD

### **Volxküche im Thiembuktu**

Vegetarische Leckerbissen für alle!

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat  
Thiembuktu, Thiemstr. 13, MD

### **Bread and Roses**

Auf tatsächlichen Begebenheiten basierender Spielfilm von Ken Loach über einen Arbeitskampf von mex. ImmigrantInnen in den USA. (GB 2000)

Freitag, 11.07., 20.00 Uhr, Blaue Welt Archiv, Thiemstr.13, MD



# Arbeitnehmerlobby oder Selbstorganisation?

## *Die Rolle der Gewerkschaften im Kapitalismus*

Trotz aller Wortgefechte zwischen Regierung, Opposition und Unternehmerverbänden sind sie sich scheinbar darin einig, wenn es gilt, die "Bremsen" der "dringend notwendigen Reformen" zu benennen: die Gewerkschaften. Denen gehe es nur um "Besitzstandswahrung" auf Kosten der Arbeitslosen, mit ihren "übermäßigen" Lohnforderungen gefährdeten sie die Zukunft des Standortes Deutschland.

Der nüchterne Beobachter müsste sich darob eigentlich nur verwundert die Augen reiben. Haben die Gewerkschaften nicht mit ihrer Mitarbeit beim "Bündnis für Arbeit", in Hartz- und Rürup-Kommission um die Profitfähigkeit der "Deutschland AG" verdient gemacht? Bisher wurde doch fast jede Kröte geschluckt, Lohnzurückhaltung geübt usw. – nur um windige Beschäftigungsgarantien zu erhalten. Dass die öffentlichen Verlautbarungen von Sommer, Zwickel, Bsirske & Co. allenfalls dazu dienen, die frustrierte Mitgliedschaft bei der Stange zu halten, dürfte doch kaum zu übersehen sein.

Nun ist es zwar (leider) nicht so, dass eine rebellierende Basis im Zaume gehalten werden muss. Auch viele Gewerkschaftsmitglieder haben die neoliberale Alltagsideologie verinnerlicht bzw. verbinden mit ihrer Mitgliedschaft kaum mehr als eine Rechtsschutzversicherung bei Problemen mit dem Arbeitgeber. Dennoch hängen sie einem weitverbreiteten Vorurteil an, demzufolge die Gewerkschaften in erster Linie zur Durchsetzung und Verteidigung von Arbeitnehmer-Interessen da seien.

Das war vor langer Zeit auch einmal so, als die Arbeitnehmer noch Proletarier waren und diese gelernt hatten, dass sie ihre gemeinsamen Interessen auf dem Arbeitsmarkt nur durch Kartellbildung durchsetzen können. Manche betrachteten damals gar die Arbeitervereinigungen auch als ein Mittel zur Überwindung des Lohnsystems. Im Laufe des 20. Jahrhunderts konnten sich jedoch fast überall diejenigen durchsetzen, die die Gewerkschaften mittels Zentralisation zu schlagkräftigen Massenorganisationen machten, die sich zwar wenig um Basisdemokratie scherten, aber immerhin in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts nicht nur einen erheblichen Reallohnzuwachs bei gleichzeitig verringerter Arbeitszeit für die Masse der Beschäftigten durchsetzen konnten, sondern auch ein paar "Mitspracherechte" in den Betrieben. Damit wurde aber auch eine Entwicklung eingeleitet, die über die Jahre dazu führte, dass die Gewerkschaften immer mehr zu gigantischen, konzernähnlichen Gebilden wurden, die durch einen sich immer mehr ausweitenden bürokratischen Apparat verwaltet werden. Engagierten Leuten an der Basis wurde es immer schwerer, sich mit ihren Vorstellungen gegen die geballte Macht der Funktionäre durchzusetzen. Die einfachen Mitglieder wurden immer mehr zur statistischen Masse, die zwar für Drohgebärden zur Unterstützung bei Tarifverhandlungen zu gebrauchen waren, darüberhinaus aber kaum eine Rolle spielten. Wesentlich blieb allein, dass sie ihren Beitrag entrichteten und

so zum Erhalt des Gewerkschaftsbetriebes beitragen. Dass dazu von Zeit zu Zeit auch ein paar materielle Vorteile für die Beitragszahler den Unternehmern "abgerungen" werden mussten, ist allenfalls als "kollateraler Nutzen" zu bezeichnen, nicht jedoch Ziel des Ganzen.

Auf der anderen Seite sind Gewerkschaften darauf angewiesen, dass sie von ihren Partnern aus dem Unternehmerlager akzeptiert werden. Und deren Interesse am Erhalt der Gewerkschaften besteht darin, unkontrollierte Aktionen von unzufriedenen ArbeiterInnen zu unterbinden und jegliche Proteste in die existierenden "Konfliktregulierungsmechanismen" zu kanalisieren.

Dass heute die Unternehmerfraktionen und neoliberale Politiker so wort-

radikal gegen die Gewerkschaften vom Leder ziehen, ist letztlich der Hoffnung in Teilen des Unternehmerlagers geschuldet, dass es solcher Mechanismen nicht mehr bedarf, da es kaum noch renitentes Potential in den Betrieben gibt. Dennoch denkt kaum jemand an die Zerschlagung der Gewerkschaften – man weiß ja nie, wie sich die Dinge in Zukunft entwickeln. Aber "anpassen" an die Realitäten sollen sie sich schon. Standortsicherung ist angesagt und dazu bedarf es der Flexibilisierung überholter Rituale und Schutzverordnungen. Noch dem frechsten Erpressungsversuch durch Standortverlagerung, Arbeitsplatzabbau usw. wird gegen Gewährung von ein paar Jahren Arbeitsplatzgarantie der gewerkschaftliche Segen gegeben – und das Versprechen, diejenigen zu überzeugen, die das nicht einsehen wollen.

Dennoch gehen immer wieder junge Menschen, die sich auch nach ihrem Eintritt ins Berufsleben ihren politischen Aktivismus bewahrt haben, in die Gewerkschaften und versuchen dort, wenn schon nicht unmittelbar für die Revolution, so wenigstens für die Interessen der Arbeitnehmer zu kämpfen. Sie engagieren sich für eine kompromisslosere Gewerkschaftspolitik gegenüber den Arbeitgebern, wirken in allerlei Gremien gegen Antifaschismus, für Ausländerintegration oder "Humanisierung der Arbeit" mit. Und dann passiert, was immer wieder in solchen Fällen passieren muss: Sie reiben sich in der täglichen Kleinarbeit auf oder die "Sachzwänge" des Gewerkschaftsalltags lehren auch ihnen den Blick für die "Realitäten". Schließlich muss man ja die Klassengenossen dort abholen, wo sie

« Unser **LEBEN** ist der **MORD**  
durch **ARBEIT** – wir hängen  
60 Jahre lang am **STRICK** und  
zappeln. Aber wir werden uns  
**LOSSCHNEIDEN** »

[Georg Büchner, 1835]



[ anar'ço:zyndi'ka'lismus ]  
ist ein Messer



**PROBEHEFT**

Direkte Aktion  
Mühlgasse 13  
60486 Frankfurt  
da@fau.org

gerade stehen. Mit der Zeit lernen auch die radikalsten GewerkschafterInnen, ihre ursprünglichen politisch-emanzipatorischen Absichten immer weiter in die Zukunft zu verlagern. Irgendwann wandeln sie sich nach jahrelangem ergebnislosen Anrennen gegen etablierte Strukturen und ebenso fruchtlosen Verteilens von Flugblättern auf 1.-Mai-Kundgebungen zu Karteileichen oder aber werden Teil des Apparates, der die nachfolgende Generation ausbremst. Das ist nicht eben böser Wille oder "Verrat an der Basis", sondern Ergebnis eines Prozesses der Einbindung in etablierte Strukturen und der Verbindung von persönlichen Existenzinteressen mit denen des Gewerkschaftsapparates. Ganze Generationen Linksradikaler sind so schon ruhiggestellt worden, ohne dass die nachfolgende Generation daraus gelernt hätte.

Und die Gewerkschaften befinden sich immer noch auf dem absteigenden Ast, ganz zu schweigen von den Gewerkschaftslinken. Das dürfte doch Anlass genug sein, genauer darüber nachzudenken, warum die Ergebnisse jahrelangen Agierens in den vorhandenen Strukturen so mager waren. Könnte es denn nicht sein, dass die Strukturen, die von innen erobert werden sollen, nicht schon Teile des Problems sind? Dass durch Apparat und Organisationsprinzip die Mitglieder zu dem gemacht werden, was sie derzeit in ihrer überwiegenden Mehrheit sind: Beitragszahler, die allenfalls mal zu einer Kundgebung oder einem Warnstreik mobilisiert werden können. Für weitergehende Aktivitäten gibt es ja schließlich die Funktionäre, die durch sie bezahlt werden und demzufolge auch was zu leisten

haben. Und diese Funktionäre sind es dann auch, die etwaigen Aktionismus, der über den anerkannten Rahmen hinaus geht, im Interesse der Organisation – man will ja nicht gefährden, was in jahrelanger Kleinarbeit mühsam aufgebaut wurde – in gewohnte Bahnen lenkt und so im Sande verlaufen lässt.

Dass es auch anders gehen kann, zeigen die Verhältnisse in anderen Ländern. In Spanien z.B. spielen zunehmend die kleinen syndikalistischen Gewerkschaften eine wichtige Rolle in den Protesten und Kämpfen gegen Unternehmerwillkür und dessen staatliche Flankierung. Aber auch in Frankreich und Italien gibt es erfolgversprechende Ansätze einer Basisorganisation von ArbeiterInnen und Arbeitslosen.

Der Unterschied zu den etablierten, staatstragenden Gewerkschaften dort ist eben der, dass die Strukturen so angelegt sind, dass Basisinitiative nicht abgewürgt wird und Funktionäre – so es überhaupt welche gibt – keinen richtungsweisenden Einfluss haben und eine Schicht, deren persönliche Existenz von der Organisation abhängt, gar nicht erst entsteht. Auch betreiben diese Organisationen keine Lobbyarbeit zugunsten einiger Schichten der ArbeiterInnenklasse. Sie sind Organe der Selbstorganisation der Klasse – oder streben das zumindest an. Es dürfte an der Zeit sein, dass wir auch hierzulande den Versuch wagen, unsere Energie in den Aufbau von eigenen Organisationen zu stecken. Auf einen Versuch käme es jedenfalls an.

*Ludwig Unruh*

# Den Gürtel enger schnallen?

## Fakten zur Einkommensverteilung

Wenn man den täglichen Medien Glauben schenkt, stellen die Streiks – vor allem in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie – eine immense Bedrohung für den Standort Deutschland dar. Gerade hierzulande würde mit der unverfrorenen Forderung nach der Einführung der 35-Stunden-Woche das zarte Pflänzlein des Aufschwungs Ost zertreten, das nun doch noch mindestens weitere 10 Jahre brauche, den Westen einzuholen. Und überhaupt müssen "wir alle" den Gürtel enger schnallen, die fetten Jahre sind vorbei und jeder muss Abstriche machen. Die "Besitzstandswahrer" in den Gewerkschaften verhalten sich unsolidarisch den Arbeitslosen gegenüber, da bei solchen hohen Löhnen und der angeblich weltweit geringsten Arbeitszeit kein vernünftiger Unternehmer jemanden einstellen würde.

Nun könnte man das getrost als das übliche Getöse abtun – Jammern gehört ja schließlich zum Geschäft – wenn nicht

selbst ein Grossteil der ArbeiterInnen diesen Argumenten Glauben schenken würde. Dabei würde schon ein einfacher Blick auf ganz allgemeine Zahlen den Blick für die Kluft zwischen den Verlautbarungen aus Unternehmerverbänden und Parteien zeigen, dass die Summe des zu verteilenden Einkommens jährlich steigt. Das Bruttosozialprodukt Deutschlands steigt, mit einigen wenigen Krisenjahren als Ausnahme – jedes Jahr, und das nicht nur nominal (d.h. ohne Berücksichtigung des Geldwertverlustes durch Inflation), sondern auch real, unter Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes. Ja aber die vielen Rentner, schließlich muss doch ein heutiger Arbeiter immer mehr Rentner mit versorgen, möge dann manch kritischer Geist einwenden. Das stimmt zwar, aber auch pro Kopf der Bevölkerung – inkl. Kindern, Arbeitslosen, Invaliden und Rentnern – steigt das Sozialprodukt jedes Jahr (siehe Abb. 1). D.h.

die Summe dessen, was pro Einwohner Deutschlands zu verteilen ist, steigt ständig. Und auch wenn man das BSP als Maßstab für den realen Wohlstand durchaus kritisieren kann – die Argumente der "Wirtschaftswissenschaften", Politiker und Unternehmer basieren letztlich auf

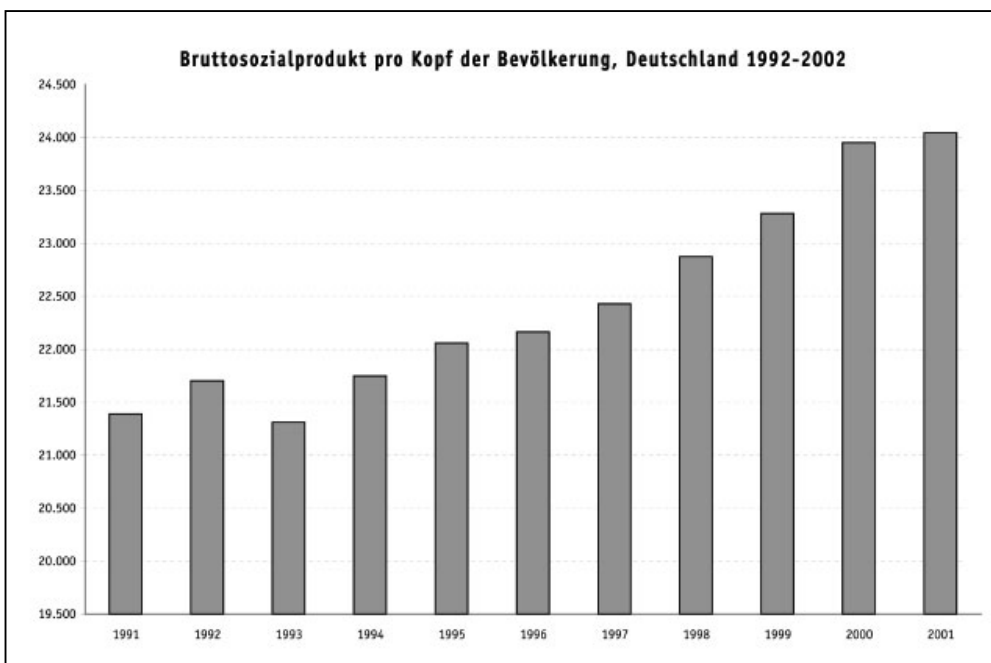


Abb. 1

diesem System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Möglich wurde diese Entwicklung allein durch die dramatisch gestiegene Produktivität der letzten Jahre. Von 1991 bis 2000 ist z.B. die Produktivität pro Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe um rund 73% gestiegen (Abb. 2). Dieser

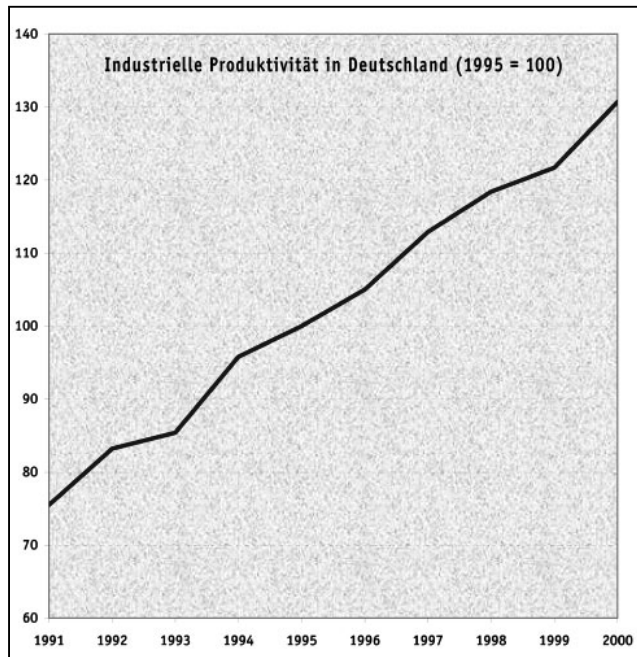
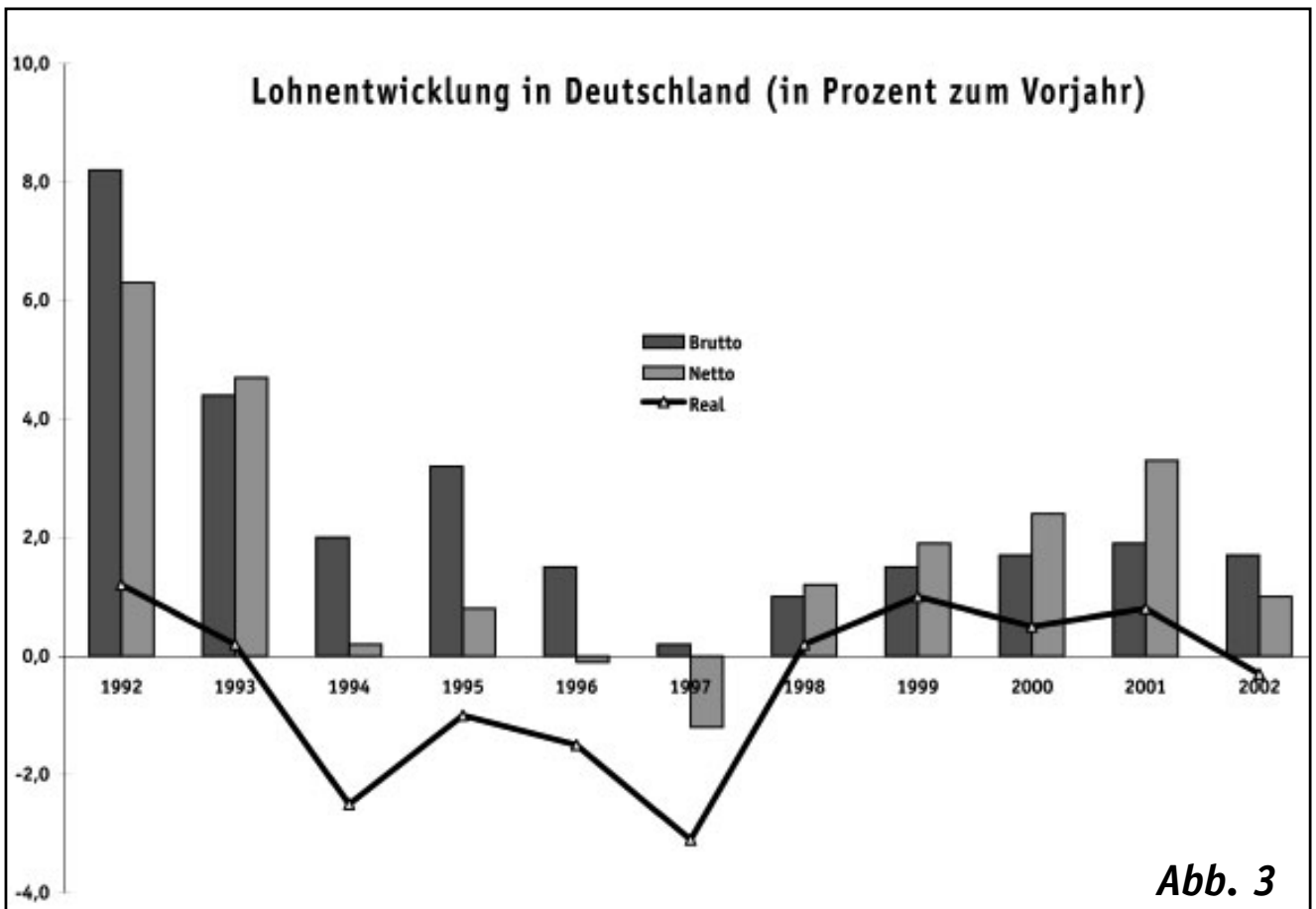


Abb. 2

Anstieg basiert zum einen auf dem Einsatz moderner Techniken, aber auch auf der enormen Arbeitsverdichtung, die die formal gesunkene Arbeitszeit mehr als aufwiegt. (Real dürfte die Arbeitszeit für die meisten in jüngster Zeit gestiegen sein, die vielen unentgeltlich geleisteten Überstunden tauchen schließlich in keiner Statistik auf.) Und gerade im Osten steigt die Produktivität deutlich schneller, als im Westen – 1997 lag der Zuwachs in der ostdeutschen Industrie bei 10,9% gegenüber 3,6% im Westen, drei Jahre später, 2000, war das Verhältnis 8,6% zu 5,8% ([www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)). Inzwischen dürfte die Produktivität in den tarifgebundenen Betrieben im Osten höher liegen als die vergleichbarer Unternehmen im Westen.

Wenn man sich dagegen die Einkommensentwicklung der Lohn- und Gehaltsabhängigen anschaut, wird man nicht mal ansatzweise vergleichbare Steigerungsraten feststellen können. Zwar stieg das Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer zwischen 1992 und 2002 um 30%, das Nettoeinkommen auf Grund der gestiegenen Sozialbeiträge und Steuern jedoch nur noch um 22,4%. Ist ja auch noch ein erkleckliches Sümmchen – aber da muss man ja noch die Preissteigerungen im gleichen Zeitraum berücksichtigen. Und diese lagen im Durchschnitt prozentual noch höher als die Einkommenszuwächse, so dass in diesem Zeitraum ein Reallohnverlust von 4,4% zu verzeichnen ist (Abb.3). Und eine solche negative Lohnentwicklung über ein Jahrzehnt hat es in der Geschichte der BRD noch nie gegeben. In den 60er Jahren hat es noch einen Nettolohnzuwachs von über 35% gegeben, welcher sich in den 70er (17%) und 80er (7,8%) jeweils ca. halbierte.

Nun wird man sich fragen, wo bleibt denn der ganze Reichtum? Die Antwort dürfte nicht schwer fallen. 1991 betrug der Anteil der Einkommen aus (Netto-)Gewinnen und Vermögen 27,9%, 2002 waren es schon 30,6%. Der Anteil der Nettolöhne am Volkseinkommen (also BSP minus Steuern und Abschreibungen für verschlissene Produktionsmittel) sank von 49,6% auf 43,7%, während der Anteil der Sozial-einkommen von 22,5% auf 25,7% stieg – hauptsächlich wegen der gestiegenen Arbeitslosenquote. Aber die – formal angestellten, d.h. gehaltsabhängigen – Vorstände der Unternehmen konnten ihre Einkommen in weit höherem Maße noch steigern. So sind allein von 1997



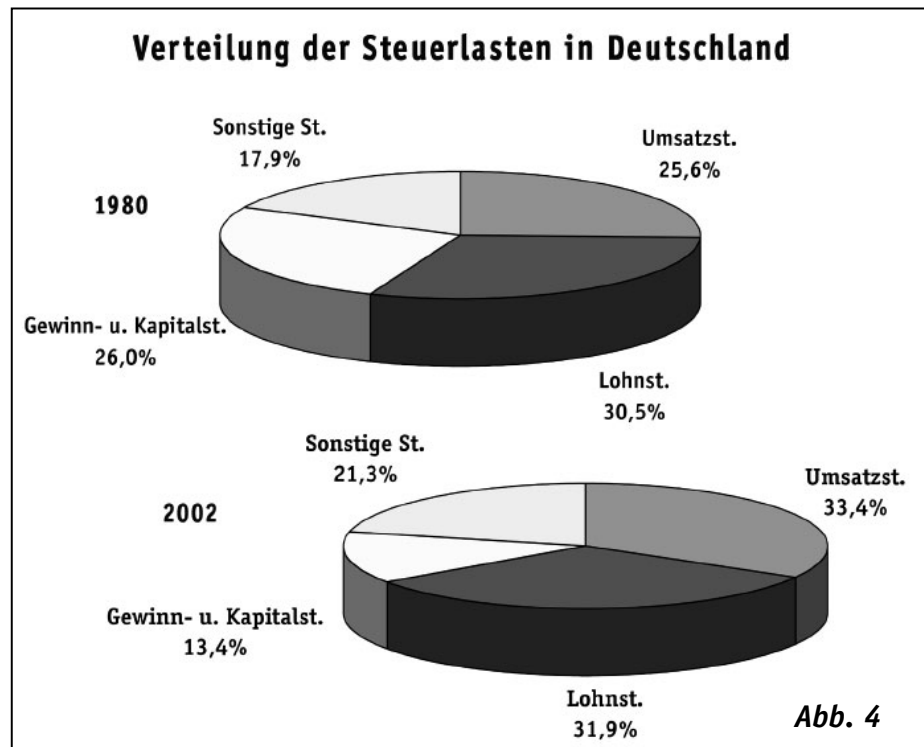
bis 2001 die Bezüge der Vorstände der DAX-30-Konzerne durchschnittlich um 82% gestiegen.

Auch das Gejammere über die angeblich viel zu hohen Lohnnebenkosten ist nichts weiter als ein Verschleierungstaktik. Eine Senkung etwa der Krankenkassenbeiträge, die ja formell anteilig von "Arbeitnehmern" und "Arbeitgebern" bezahlt werden, ist faktisch nichts anderes als eine (Brutto-)Lohnsenkung. In den (Brutto-)Einkommen der Lohnabhängigen sind beide Anteile enthalten. Wenn also z.B. die Krankenkassenbeiträge – also Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil – um sagen wir 1% gesenkt werden, bedeutet das zwar auf den ersten Blick eine Nettolohnsteigerung von 0,5%. Faktisch aber sinkt der Reallohn um dieses eine Prozent, da die gesunkenen Krankenkassenbeiträge i.d.R. durch steigende Anteile der

Eigenfinanzierung in der Gesundheitsversorgung kompensiert werden. Die Gewinner dabei sind – wie nicht anders zu erwarten – die Unternehmer, deren Lohnkosten um 0,5% gesenkt wurden.

Wir werden jetzt aber nicht in den Chor derjenigen einstimmen, die den Kapitalisten Vorschläge machen wollen, wie der Laden angeblich besser laufen würde. Ob nun Kaufkraftzuwächse die Wirtschaft ankurbeln und damit auch die Gewinne erhöhen können und damit faktisch alle besser fahren, dürfte uns so ziemlich egal sein. Wie die Kohle verteilt wird, ist in erster Linie Ergebnis von Macht- und Kräfteverhältnissen. Der Zuwachs der Unternehmergewinne war auch weit weniger einer florierenden Wirtschaft zu verdanken, sondern vor allem der Steuerentlastung durch den Staat (Abb.4) und eben den gesunkenen Lohnstückkosten – die allesamt Ausdruck ge-

schwundener Arbeitermacht sind. Und diese kann man nur durch entsprechende Kämpfe erlangen – am effektivsten eben, wenn man die Profiterwirtschaftung durch Streiks zumindest zeitweilig ganz zum Erliegen bringt. Die Unternehmer wissen das sehr gut – und tun alles, um eine solche Situation zu vermeiden.



Die angegebenen Zahlen entstammen – soweit nicht anders angegeben – dem isw-wirtschaftsinfo Nr.35 (März 2003). Siehe auch [www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de).

## Zitate des Quartals

*Die ‚Welt‘ zitierte eine Umfrage, derzufolge 79 Prozent der Bevölkerung den Angriff der USA als eine Verletzung des Völkerrechts werten, eine Quote, die noch knapp die Zahl der Mitbürger übertrifft, die dem deutschen Staat erlauben würden, das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit durch behördliche Folter zu suspendieren.*

Ralf Schröder in konkret 5/03

*Warum spielen fast alle Beschäftigten Lotto, um dem ‚Privileg‘, einen Arbeitsplatz zu haben, zu entkommen?*

Mag Wompel in jW vom 17./18.5.03

*Dem Widerstand gegen die kapitalistischen Zumutungen hilft man auf alle Fälle besser durch ätzende Kritik derjenigen, denen vor lauter ‚phantasievollen‘ Aktionen überhaupt nicht mehr klar ist, wogegen sie kämpfen.*

Marek Mausebär in Phase 2~08

*Wenn Gesundheit als ‚physisches, psychisches und seelisches Wohlbefinden‘ von der WHO definiert wird - warum gelten wir nicht alle als krank und werden behandelt?*

Mag Wompel in jW vom 17./18.5.03

*Der erstaunlich schnelle Sieg im Irak-Krieg führte zum Zusammensturz einer Diktatur. Der Kollateral-Nutzen, wenn man so will.*

Sonia Mikich in "Monitor" vom 24.4.03

*In Umkehrung einer unsäglichen Volksweisheit sollte sich eine radikale Linke dem Grundsatz verpflichtet fühlen: Wer schon nicht arbeitet, soll dafür wenigstens gut essen!*

Phase 2 Leipzig in Phase 2~08

*Wer in jeder Kritik des Klassenverhältnisses den Antisemitismus wittert, weil die*

*„Kapitalistenfrage ... stets und notwendig zur Judenfrage wird“, hat sich die kommunistische Option ohnehin selbst aus den Händen geschlagen.*

Initiative Kritik im Handgemenge in Phase 2~08

*Warum heißt Sozialhilfe Sozialhilfe, wenn sie nicht hilft, sondern demütigt?*

Mag Wompel in jW vom 17./18.5.03

*Bis 1914 war die Arbeiterbewegung international, das Kapital national. Heute ist es oft noch so, dass sich die Arbeiterbewegung, auch die Gewerkschaftsbewegung, vorwiegend national orientiert, während das Kapital international agiert.*

Jürgen Hinzer (NGG) in Marxistische Blätter 3-03

*Die vielbeschworene Zivilgesellschaft ist .. ein Projekt, das die gesellschaftliche Identifikation der BürgerInnen mit dem deutschen Staat in einer Zeit garantieren soll, in der gesellschaftliche Umbrüche genau jene Identifikationen gefährden könnten.*

Bündnis gegen Rechts Leipzig in Phase 2~08

*Der Streikbeginn ausgerechnet am 50. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR ist eine historische Geschmacklosigkeit.*

Hartmann Kleiner, Geschäftsführer des Berlin-Brandenburgischen Ausbeuterverbandes VME ([www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de))

*Wie das Wild sich einen Reibebaum sucht, an dem es seinen Juckreiz bekämpft, so suchen sich alle, die als Modernisierer gelten wollen, die Gewerkschaften als*

*Betonwand aus, an der sie ihr Beinchen heben können.*

Ralf Schröder in konkret 6/03

*Die Gewerkschaftler in Ostdeutschland sollten bei ihren Aktivitäten zweierlei beachten: Sie sind eine isolierte Gruppe, es gibt auch viele arbeitswillige Mitmenschen, die gerne auch mehr arbeiten möchten, und sie sollten gerade in diesen Tagen an die Arbeiterschaft vor 50 Jahren denken, die kein Recht auf Freiheit und Streik (...) hatten - sie wurden eingesperrt.*

Leserbrief in der Volksstimme vom 21.6.03

*Etliche haben den neuen Steuersenkungsaufkleber der "Bild"-Zeitung an ihre auf Pump gekauften und latent von Pfändung bedrohten Karossen geklebt und fahren nun Agitprop für die herrschende Klasse."*

Ralf Schröder in konkret 6/03

*Nur wenn man weiß, daß auch der Apologet der herrschenden Verhältnisse meist so dumm nicht ist, wie man ihn der Bequemlichkeit zuliebe gerne hinstellt, sondern einem möglicherweise sogar argumentativ und praktisch einen Schritt voraus ist, kann sich das eigene Denken schärfen und lässt sich an der Strategie feilen, der herrschenden Logik mittels subversiver Theorie dennoch einige Schnippchen zu schlagen.*

Manfred Dahlmann in konkret 6/03

*Wir müssen in Deutschland Minderheitenschutz betreiben. Wir müssen die Unternehmer schützen vor den Kommunisten!*

Der zur FDP übergetretene Ex-SPD-Wirtschaftsminister Gabriel in der "Volksstimme" vom 12.5.03

# Irak – ein Krieg gegen das Proletariat

## *Buchbesprechung*

Das Büchlein, das während des Krieges herauskam, beschäftigt sich in erster Linie mit den Nachkriegsplanungen US-amerikanischer Think-Tanks für den Irak und die gesamte Region. Mit dem Ende des Krieges, das Bush am 1. Mai verkündete, wird täglich deutlicher, dass der soziale Kampf um die Neuordnung erst begonnen hat. An diesen Kämpfen bricht sich jede noch so vorausschauende Planung und eine Reihe der im Buch analysierten Konzepte sind bereits Makulatur geworden. Um so spannender heute noch einmal die ursprünglichen Zielvorstellungen nachzulesen, im Kontrast zwischen Planung und Realität wird die Schwäche des Kapitals sichtbar, die Welt für seinen Verwertungszweck zuzurichten.

Der Blickwinkel des Buchs ist ein etwas anderer: die gesamte Diskussion über den Irak-Krieg soll aus der Flachheit rein politizistischer (Geopolitik, Regimewechsel, Demokratie) oder ökonomistischer (Krieg um Öl, wirtschaftliche Konkurrenz) Argumente herausgeführt werden. Dazu wird gezeigt – und das ist die Stärke der vorgelegten Analyse –, wie sowohl die Politik des Saddam-Regimes im Irak, ebenso wie die Politik der USA und auch der europäischen Staaten gegenüber dem Irak, Momente des neoliberalen Angriffs auf das globale Proletariat und kapitalistische Krisenpolitik sind.

Die heutige globale Krise wird als Überakkumulationskrise begriffen, die auf der Blockierung des weiteren Zugriffs auf Arbeit als der einzigen Grundlage der Verwertung beruht. Dies treibe die kapitalistischen Staaten zunehmend

zum Krieg, da die Blockaden anders nicht aufgebrochen werden könnten – »Krieg als Form und Mittel ›ökonomischer‹ Öffnung«. Den Irakkrieg nennen die Autoren daher die »erste Etappe eines sozialen Weltkriegs« (S.42). Aus diesem Blickwinkel wird auch der Charakter des Saddam-Regimes ganz anders verständlich als in dem Lamentieren über »Diktatur« und »Schurkenstaaten«. Die Unterstützung, die dieses Regime lange Zeit von den USA und Europa genoss, war nicht einfach geopolitisches Kalkül zur Beherrschung der Region, sondern beruhte darauf, dass es genau die Schocktherapie, die Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik betrieb, die seit Thatcher und Reagan weltweit propagiert und durchgesetzt wird.

In einem der längsten und interessantesten Abschnitte des Bändchens (S.17-30) wird diese innere wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung im Irak skizziert, die in den bisherigen Debatten kaum aufgetaucht ist. Das Saddam-Regime war von Anfang an eine Entwicklungsdiktatur, ausgerichtet auf die Zerschlagung traditioneller Strukturen. Der Iran-Irak-Krieg 1980-88 beschleunigte auf brutalste Weise diesen Transformationsprozeß. Ende der 80er Jahre werden gezielte Angriffe auf die Arbeiterklasse eingeleitet: Privatisierung von Staatsbetrieben, Auflösung der Gewerkschaften, Abschaffung von Mindestlöhnen, Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die erleichterte Anwerbung arabischer Arbeiter aus anderen Ländern. Nach dem zweiten Golfkrieg 1991 wurde diese Politik

fortgesetzt, wobei die Gangart durch das Embargo und die Sanktionen des Westens verschärft werden konnte. Faktisch bedeuteten die Sanktionen eine weitere Proletarisierung, da die gesamte Bevölkerung in eine stärkere Abhängigkeit vom Regime geriet, das zu einer »technisierten Lagerverwaltung« für 23 Millionen Menschen wurde. Die Nachkriegsplanungen der USA knüpfen unmittelbar an dieser Politik des Saddam-Regimes an, das weggeräumt werden musste, weil es unter dem Druck der Krise und der sozialen Spannungen in der gesamten Region nicht fähig war, eine Politik der gewaltsamen ökonomischen Öffnung weiterhin durchzusetzen.

Anhand der Nachkriegsplanungen können die Autoren diese These gut belegen. Aus dem Wust von Planungspapieren diverser Think-Tanks haben sie einige bezeichnende Stellen herausgefiltert, in denen der explosive soziale Konflikt in der Region als eigentlicher Hintergrund der Kriegs- und Neuordnungspolitik offen ausgesprochen wird. Daher geht es in diesen Planungen auch nicht um Demokratisierung und Zerschlagung der alten Herrschaftsstrukturen, auch wenn dies propagandistisch in den Mittelpunkt gestellt wird. Vielmehr schwebte den entscheidenden Planern vor, dem Baath-Regime lediglich die obersten Köpfe abzuschlagen, den effizienten Verwaltungs- und Sicherheitsapparat aber zu übernehmen. In aller Schärfe wird dabei auch klargestellt, welcher reaktionären Charakter die »linke« Rechtfertigung oder gar Forderung des Kriegs durch sogenannte »Antideutsche« hat.

Zur Zeit erleben wir das Scheitern dieses Versuchs, den alten Herrschaftsapparat zu übernehmen, wobei noch im

Dunkeln bleibt, wieviel an Zusammenarbeit mit den alten Herren immer noch versucht wird. Am 4. Juni berichtete die Arbeiterkommunistische Partei des Iraks von einem bezeichnenden Vorfall: eine Arbeitslosengruppe hatte das Gebäude des ehemaligen baathistischen Gewerkschaftsverbandes in Bagdad besetzt, um mit verschiedenen Arbeitergruppen einen neuen Dachverband zu gründen. US-Soldaten und zivile bewaffnete irakische Sicherheitskräfte drangen in das Gebäude ein, um die Besetzer rauszuschmeißen. Während der Debatte mit den US-Soldaten erkannte einer der Arbeiter in einem der Sicherheitskräfte einen Vertreter des alten Baath-Regimes und die US-Soldaten waren gezwungen, ihn festzunehmen. Sei es der Druck aus dem Proletariat, sei es der anhaltende Widerstand auch aus dem unteren Apparat des ehemaligen Regimes – ein nahtloses Anknüpfen an den alten Verwaltungsstrukturen scheint der US-Besatzungsmacht verbaut zu sein, was ihre Probleme weiter verschärft.

Damit will ich abschließend auf ein paar Schwächen des Büchleins hinweisen. Durch den Blick aus der Perspektive der Planer erscheinen das Kapital und seine Agenturen oft als übermächtige Gewaltinstanzen, die dabei sind, sich eine Welt nach ihren Wünschen zu schaffen. Obwohl Hartmann gerade in letzter Zeit die Rolle der lebendigen Arbeit als Quelle des Werts betont (hier vor allem gegenüber dem vereinfachten Bild eines Öl- und Rohstoffimperialismus) und damit eine dialektische Betrachtung des Kapital- und Klassenverhältnisses einfordert, legt die endlose Wiederholung des Schumpeterschen Begriffs

der »schöpferischen Zerstörung« eine Sichtweise nahe, bei der das eigentliche historische Subjekt das Kapital in seinem Zugriff auf die »Unterklassen« bleibt. Daher wird aus Sorge, der allgemeine Angriff des Kapitals könne hinter den Auseinandersetzungen zwischen den USA und europäischen Staaten verschwinden oder man könne in dem linksbürgerlichen Diskurs über die bessere Weltmacht »Europa« landen, nicht auf den Machtverfall der hegemonialen Macht der USA eingegangen – obwohl dieser offensichtlich die Schwäche der gesamten kapitalistischen Weltordnung zum Ausdruck bringt. Diese anklagende Haltung gegenüber einem übermächtig wirkenden Kapital hat möglicherweise auch etwas mit dem Adressaten der Schrift zu tun: viele Formulierungen legen nahe, dass es den Autoren nicht um die Widrigkeiten und Schwierigkeiten der proletarischen Kämpfe, also die Selbstreflexion in den Kämpfen und Bewegungen, geht, sondern um glühende Appelle an eine mittelständische Linke, um deren Hass auf das System der Unterdrückung und ihre praktische Feindschaft wach zu halten, damit sie nicht auf die Idee kommt, heute wieder einen Marsch durch die Institutionen zu versuchen.

Theoretisch falsch und nicht nur praktisch hilflos wird die gutgemeinte Absicht, wenn diese moralische Sichtweise bei der Auseinandersetzung mit den proletarischen Kämpfen an die Stelle materialistischer Analyse tritt. Im Schlusssatz werden – auch wieder in Richtung linke Mittelschichten – die »moralischen Qualitäten« historischer sozialrevolutionärer Kämpfe beschworen. Die Frage der materiellen, revolutionären Macht



*Detlef Hartmann/Dirk Vogelskamp: Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg. Nachkriegsplanungen der US-Regierung und ihrer Think Tanks (Sonderheft Materialien für einen neuen Antiimperialismus), Assoziation A, ISBN 3-935936-21-4, April 2003, 83 S., 8 Euro.*

des Proletariats in der Kapitalentwicklung aufgrund seiner Stellung in der globalen Kapitalproduktion und -reproduktion scheint nicht zu existieren. Daher kann die revolutionäre Qualität des Proletariats auch nur rückwärtsgerichtet an der sogenannten »moralischen Ökonomie« (die in Wirklichkeit nicht mehr oder weniger »moralisch« war wie jede andere Ökonomie, die immer mit bestimmten Wertvorstellungen verbunden ist) festgemacht werden. Besonders problematisch wird dies, wenn hier wie in den Iran-Heften der »Autonomie/NF« die »religiös gefärbten revolutionären

Bewegungen vor allem aus dem Schiismus« (S.21) zum Hauptwiderstand gegen die Kapitalentwicklung in der Region verklärt werden. Nach dem dramatisch schnellen und brutalen Umkippen der iranischen Revolution von 1979 in eine religiös begründete Entwicklungsdiktatur wäre hier eine genauere Diskussion und Revision alter Positionen angebracht. Gerade wenn die Autoren einleitend schreiben, der Text solle als Einladung zur Diskussion verstanden werden, ist schwer nachzuvollziehen, warum diese zentrale Frage mit einem Halbsatz in Fußnote 15 abgetan wird. ArbeiterInnen und GenossInnen aus dem Iran können bis heute nicht verstehen, wie oberflächlich Linke in Europa ihre Hoffnungen auf das religiöse Element setzen konnten.

Fazit: Wer genauer verstehen will, welchen Kurs die Besatzungsmacht im Irak nimmt, welche Planungen darin zum Tragen kommen und wie sie scheitern, sollte das Buch unbedingt zur Hand nehmen. Es enthält eine Fülle von Hinweisen für weitere Recherchen und lässt einen das Gewirr der US-amerikanischen Planungsinstitutionen (Think Tanks) besser verstehen. Zu den Perspektiven der proletarischen Kämpfe kann der Text allerdings wenig beitragen, weil sein Blickwinkel ein anderer ist.

Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus der Ende Juni erscheinenden "Wildcat" #66.

**Wildcat**

In der Ausgabe 108 der "ostdeutschen Zeitschrift telegraph" liegt ein Schwerpunkt auf der Analyse der Ereignisse im Irak und insbesondere der Haltung der Bundesregierung in diesem Konflikt. Zudem gibt es – neben einem vergleichenden Blick auf die Ost-West-Fluchtbewegung in den 50er und 90er Jahren und einem fundierten Artikel

## **telegraph**

zum "Windkraftbluff", in dem die Seilschaften von Windkraftherzeugern, Umweltverbänden und diversen Parteien untersucht werden – einen kritischen Blick auf die Ereignisse des 17. Juni 53 und deren propagandistische Aufbereitung zur gesamtdeutschen Traditionsstiftung. Aber es wird auch diesmal über den Tellerrand in der Ost-West-Zone hinausgeschaut. Interessant sind da vor allem zwei Artikel zur extremen Rechten in Polen (u.a. bei der dortigen Attac-Sektion) und Russland.



Die Ausgabe 8 der Leipziger Zeitschrift "Phase 2" hat diesmal – man lese und staune – sich die "soziale Frage" als Heftschwerpunkt auserkoren. Hervorhebenswert ist ein Artikel, der sich mit dem kapitalistischen Konstrukt "Individuum" beschäftigt, das in erster Linie dazu diene, die "soziale Frage unbeantwortet sein zu lassen". Auch wenn das böse Wort "Klassenkampf" wohl noch nicht wieder zum vertrauten Vokabular linker Publizistik gehört (einzig die Berliner Gruppe FELS plädiert in einem Beitrag für eine klassenkämpferische

linke Praxis) – es ist ermunternd zu lesen, dass sich scheinbar wieder mehr Menschen mit den sozialen Realitäten im Lande (und damit nicht zuletzt den eigenen) beschäftigen. Im weiteren gibt es noch einen lesenswerten Beitrag vom Leipziger "Bündnis gegen Rechts" zum ideologischen "Projekt Zivilgesellschaft", das in Krisenseiten die brüchig gewordene Herrschaftslegitimation in den westlichen Ländern sichern helfen soll. Die Freiburger Initiative Kritik im Handgemenge steuert eine sachlich fundierte Kritik an den "antideutschen Kommunisten" bei, indem sie die Unhaltbarkeit der These vom zivilisatorischen Fortschritt der US-amerikanischen Interventionen begründet.

Die aktuelle **ila** (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika wartet anlässlich der bevorstehenden WTO-Ministerkonferenz im September in Cancún mit einem ausführlichen Heftschwerpunkt zur WTO, der Welthandelsorganisation, auf. Thematisiert werden u.a. die internen Strukturen der WTO, die mit ihrem postulierten demokratischen Anspruch nur schwer zu vereinbaren sind. Desweiteren gibt es mehrere Länderberichte zu den Folgen der von der WTO aufgezwungenen Privatisierung bisher öffentlicher Bereiche sowie vom Widerstand der LateinamerikanerInnen dagegen. Wer sich also in Vorbereitung zum aktuell anstehenden Gipfelhopping seinen Wissensstand updaten will, dem sei die aktuelle **ila** wärmstens empfohlen.

In der Erwerbslosenzeitung "quer" 2/03 ist ein ausführlicher Artikel, in dem auf Basis von internen Papieren

**quer** der Bundesanstalt für Arbeit, vor den Fallstricken gewarnt


wird, die aufgrund der angestrebten Einsparungen bei der Leistungserbringung für Arbeitslose drohen. Unbedingt empfehlenswert für alle Betroffenen (wie die Lektüre der "quer" insgesamt!).

## MARXISTISCHE BLÄTTER

In den Marxistischen Blättern 3-03 dreht sich's diesmal vorrangig um das aktuelle Thema "Gewerkschaften wohin?". Lesenswert ist nicht zuletzt das dokumentierte Rundtischgespräch zur Gewerkschaftspolitik einiger Gewerkschaftslinker aus dem DKP-Umfeld. Diese berichten einerseits von den Schwierigkeiten, aber auch Chancen, die Kollegen zu Streikaktivitäten zu bewegen, welche aber oft durch die inkonsequente Politik der Gewerkschaftsführungen wieder zunichte gemacht wird. Gleichfalls wird von konservativen Betriebsräten, welche meist in



erster Linie dem Betriebswohl verpflichtet sind, berichtet, auf der anderen Seite aber die Schaffung von Betriebsräten in möglichst vielen Betrieben proklamiert. Aber gerade in der Widersprüchlichkeit der Diskussion liegt ihr Reiz, auch ist die Bereitschaft zu erkennen, über den (traditionellen) gewerkschaftlichen Tellerrand hinauszublicken. Im Anschluss sind einige aufschlussreiche kritische Artikel über den Zustand der Gewerkschaften zu finden.

**iz3w**  In der iz3w #269 lautet das Schwerpunktthema „Weltmacht USA“. Neben Betrachtungen zur Aussenpolitik und Imperialismus der USA gibt es auch div. Artikel, die sich kritisch mit dem Antiamerikanismus in der Friedensbewegung beschäftigen. In der Ausgabe 270 wird sich vorrangig mit der Schuldenproblematik in der 3. Welt. Außerdem wird die jüngste Verschärfung der Repression in Kuba diskutiert.

## Das Ernst

Aus der "Perle der Altmark" erreichte uns jetzt auch ein kleines, aber feines Infozine namens "Das Ernst". Das Schnippel-Layout wirkt zwar auf den ersten Blick etwas altertümlich – auf den zweiten Blick hingegen kann man nicht verkennen, dass das Teil – der Name verpflichtet – mit dem nötigen Ernst gestaltet wurde. Interessant ist der Bericht von einer Veranstaltung mit der Friedensaktivistin Erika Drees, die erst kürzlich einen mehrwöchigen Knastaufenthalt aufgrund ihrer Aktivitäten antreten "durfte". Außerdem gibt's u.a. Kurzberichte von Aktionen, jede Menge Rezepte und eine Anleitung zum Spuckiherstellen.

**D**er Bundeskongress Internationalismus (BUKO) fand Pfingsten 2003 zum 26. Mal statt – diesmal in einer FH in Bremen. Ca. 300 Menschen bot sich ein reichhaltiges inhaltliches Programm unter dem Titel "Logik + Macht + Krieg".

Das Thema Krieg wurde auf dem BUKO in einem weiteren Zusammenhang gefasst. Unter dem Überbegriff "unsichtbare Kriege" stellte die Agrarkoordination der BUKO ihre Thesen zum Krieg um genetische Ressourcen vor. Hier ist u.a. momentan die "Kampagne gegen Biopiraterie" mit Aktionen gegen die Patentierung von pflanzlichem Erbgut aktiv.

Die derzeitige Verschärfung der Sicherheitsgesetze und der Repressionen fand ihren Raum unter dem Oberbegriff "Krieg nach innen". Selbstredend gehörte aber auch der "klassische" Krieg zum Programm – mit Themen wie "Krieg als mediale Inszenierung" und die aus Kriegen resultierenden Migrationsbewegungen. Die Beteiligung des "Antipatriarchalen Netzwerks Berlin" spiegelte sich inhaltlich in der Arbeitsgruppe Militär und Männlichkeit wider. So bot der BUKO auch dieses Jahr eine sehr breite thematische Ausrichtung.

Es wurde sehr deutlich, dass "die Linke" in Deutschland sich (mal wieder) nicht einig ist und immer noch Gefahr läuft, sich in antideutschen Diskussionen zu verlieren. Die Standpunkte in der Israel/Palästina Frage ließen sich auch nicht so eindeutig klären. Interessant waren die historischen Erklärungsansätze für diese Spaltungen. Gerade wenn verschiedene Generationen aufeinander treffen, die z.B. die Grünen noch als wirklich linke Partei kennen gelernt haben, bevor sich diese in der Realpolitik verlor und diejenigen, die die Grünen (nur noch) aus dem heutigen Blickwinkel der Regierungspartei betrach-

# Logik + Macht + Krieg

## Bericht vom 26. Bundeskongress Internationalismus

ten, kommen beträchtliche Unterschiede zutage.

Schon im Vorfeld des Kongresses gab es eine ganze Ausgabe der Zeitschrift *Alaska*, die sich nur mit der Thematik des BUKOs auseinandersetzt. Hier gab es einen Abriss einzelner Themengebiete von Autoren, die auf dem Kongress dann auch in Diskussionsveranstaltungen zu erleben waren. Insgesamt bekam man das Gefühl, auf hohem Niveau diskutieren zu können, weil die TeilnehmerInnen des Kongresses sich inhaltlich teilweise schon weitgehend mit der Thematik beschäftigt hatten.

Neben den inhaltlichen Workshops gab es auch Raum für Begegnung und ein Rahmenprogramm. Auch das Abendprogramm war inhaltlich abgestimmt, am Samstagabend z.B. fand die Antikriegsshow des Berliner Kabarettisten Andreas Marx statt. Er hat Prominenten bei ihren Aussagen im TV genau auf den Mund geschaut und nahm die üblichen Argumentationsmuster für die humanitären Einsätze der Bundeswehr aufs Korn. Der amüsierte Zuschauer konnte dann erfahren, dass Thomas Gottschalk erst in seiner eigenen Familie Frieden stiften will, bevor er mit dem Weltfrieden anfängt. Das Programm beinhaltete auch Filme und in den Pausen konnte man in dem reichhaltigen Angebot der Büchertische stöbern. Der sonnige Pfingstsonntag lud auch viele Menschen dazu ein, im Innenhof beim Essen, Lesen, Stöbern, Quatschen und bei der Betrachtung einer Freiluft-Theatervorstellung zu verweilen.

Die Unterbringung der TeilnehmerInnen erfolgte in zahlreichen WGs, in einer Turnhalle und in dem Saal einer Kirchen-

gemeinde. Für das Essen war extra eine Kochgruppe aus Süddeutschland angeheuert.

Übrigens - auch die BUKO hat die neue Arbeitsmarktpolitik getroffen, die die Möglichkeit zur Beschäftigung von Men-

**das linke Camp ...  
zur rechten Zeit**



**1. - 10. August 2003  
an der Ostsee**

**[www.linkessommercamp.de](http://www.linkessommercamp.de)  
JungdemokratInnen/Junge Linke**

schen durch den "2. Arbeitsmarkt" deutlich einschränkt. Die Mittel für die berufliche Wiedereingliederung Arbeitsloser wurden drastisch gekürzt und daher bleibt dem BUKO nun nur noch die Möglichkeit, voll bezahlte Kräfte einzustellen. Da dies mit erheblich größeren finanziellen Aufwendungen verbunden ist, wurde ein Stellenfonds geschaffen, damit auch weiterhin inhaltliche Arbeit von der Geschäftsstelle aus geleistet werden kann.

Der nächste BUKO wird Pfingsten 2004 in Kassel stattfinden und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Arbeit und Sozialstaat“.

## Notwehr oder ein rechtes Tötungsdelikt?

*Ein Rentner wollte das Horst-Wessel-Lied nicht hören und musste sterben.*

Am 11. Juni 2003 begann vor dem Landgericht Halle der Revisionsprozess um den Tod des 60-jährigen Helmut Sackers. Der Rentner war am 29. April 2000 in Halberstadt von einem rechtsextremen Skinhead erstochen worden. Helmut Sackers hatte an diesem Abend den Notruf der Halberstädter Polizei angerufen, weil aus der Nachbarwohnung laut rechtsextreme Musik gespielt wurde, darunter das Horst-Wessel-Lied. Die Polizei ermahnte den Wohnungsinhaber Andreas S., während Sackers dem damals 29-jährigen Skinhead für den Wiederholungsfall mit einer Anzeige drohte. Eine Stunde später war der Kaufmann aus Kleve tot, verblutet an vier Messerstichen im Treppenhaus des Plattenbaus, in dem er mit seiner Lebensgefährtin unter der Wohnung des rechten Skins wohnte.

Vor dem Landgericht Magdeburg endete der erste Prozess gegen Andreas S. im November 2000 mit einem Freispruch. Hier hatte er behauptet, der Rentner habe seinen Hund auf ihn gehetzt und schließlich den 30 Jahre Jüngeren gepackt, um ihn die Kellertreppe hinunterzustoßen. „In Todesangst“ habe Andreas S. zum Messer gegriffen und zugestochen: in die Wade, in den Magen, in die Brust und unterhalb der Achseln. Seine damalige Verlobte änderte vor Gericht ihre Zeugenaussage zugunsten von S. und stützte somit seine Notwehrversion.

Eine rechtsextreme Motivation für die Tat wurde im Prozess vollständig ausgeblendet, obwohl bei Andreas S. über 90 rechtsextreme CDs, aktuelles Neonazi-Propagandamaterial der verbotenen Organisation Blood & Honour sowie Videos mit Mordaufrufen gegen politische Gegner gefunden wurden. Im Juli 2001 hob der Bundesgerichtshof den Freispruch wegen offensichtlicher Verfahrensfehler auf, nachdem Verwandte von Helmut Sackers als Nebenkläger Revision eingelegt hatten. Nun wird der Tod von Sackers vor dem Landgericht Halle neu verhandelt, die Anklage gegen Andreas S. lautet auf „Körperverletzung mit Todesfolge“.

Heide Dannenberg, die Lebensgefährtin des ermordeten Rentners, geht es vordergründig nicht mehr um Strafe. Nur ganz umsonst soll der Tod von Helmut Sackers nicht gewesen sein. Er tat das, „wovon alle immer sprechen“ – er schaute nicht einfach weg.

Die Statistik des Landes Sachsen-Anhalt verzeichnet für das Jahr 2000 „nur“ ein Tötungsdelikt mit rechtsextremem Hintergrund. Die

bürokratische Registratur verweigert Helmut Sackers bisher die Anerkennung als Opfer brauner Gewalt und Bürger, der den Mut hatte, dagegen anzugehen. In den Akten ist er bis dato beerdigt als ein Mann, dem die Musik zu laut war.



# Lieder und Texte

## *Hans-Eckardt Wenzel im Buckauer Volksbad*

Am 13. Juni fand im Rahmen der Lyriknacht im Literaturhaus ein Solo-Konzert von Hans-Eckardt Wenzel statt. Aufgrund des zu erwartenden Andrangs wurde das Konzert ins Volksbad-Buckau verlegt. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt und der Koffer mit den Cd's und Büchern, die anschließend an die Veranstaltung zum Verkauf standen, wurde zwischenzeitlich als Not-sitz für das Publikum genutzt.

Wenzel beeindruckte mit seinem ungeheuren Repertoire seines eigenen Werks, das inzwischen auf neun CD's zu hören ist. Außerdem spielte er auch unveröffentlichte Lieder, die teilweise noch aus seiner Studienzeit stammten.

Der Stadtteil Buckau als Konzertort animierte ihn dazu, u.a. ein frühes Lied über seine Heimatstadt Wittenberg zu spielen. Sein Programm für diesen Abend war nicht festgelegt, sondern er ging auf die Vorschläge aus dem Publikum ein. Dass er nicht alle seine Texte ohne "Hänger" vortragen konnte, ist in Anbetracht der Größe seines Repertoires mehr als verständlich und er überspielte dies sehr gekonnt mit sei-

nem Charme. Es zeigte sich, dass die ZuhörerInnen selbst einzelne Lieder dann doch nicht so gut im Kopf hatten wie er selbst.

Wenzel trug seine Stücke an diesem Abend mit Gitarre, Westerngitarre, Akkordeon und dem Klavier vor

und spielte zwei Stunden am Stück ohne

Pause. Während

einige Menschen am Ende

des Konzerts

schon unruhig wurden

und sich die "Füße

vertreten" mussten,

spielte

Wenzel unbeeindruckt weitere Zu-

gaben.

Sein neuestes Werk

führte den Musiker in

die USA zu einer Recherche in dem Archiv

des bekannten Folk-

Sängers Woody Guthrie.

"Wenzel singt Woody Guthrie" ist

auch seine neuste CD, die nach Recher-

chen von ihm im Woody Guthrie Archiv

in den USA entstand. Von Woody Guthrie

sind nur wenige Noten erhalten,

so hat Wenzel die selbst übersetzten

Texte neu vertont. Die Übersetzungen

sind in einem Buch erschienen dass

verschiedene Deutsche Übersetzungen

der Texte Woody Guthries nebeneinander

stellt.



### **Jugendproteste gegen Kürzungen und Krieg**

Rund 500 Jugendliche protestierten am 3.4. mit einer Demo gegen die Kürzungen bei den Zuschüssen für Jugend- und Sportverbände im Landkreis Jerichower Land. Am selben Tage demonstrierten in Wernigerode mehr als 700 SchülerInnen gegen den Irak-Krieg.

---

### **10 Jahre AJZ Dessau**

Am 12. April 2003 feierte das Alternative Jugendzentrum Dessau mit einem Straßenfest und einem Open Air das zehnjährige Bestehen seines Vereinsdomizils in der Schlachthofstr. 25.

In der vergangenen Dekade hat sich der AJZ e.V. über die Grenzen Dessaus hinaus als ein wichtiger Akteur im



*Das AJZ in Dessau*

politischen und kulturellen Bereich, beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus etablieren können. In zahlreichen Projekten, Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen hat der AJZ e.V. - nicht ohne Erfolg - über die Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus aufgeklärt, alte und neue Nazis sowie deren Strukturen an das Licht der Öffentlichkeit gezerrt und

strukturellen und alltäglichen Rassismus thematisiert und kritisiert.

Die dabei entstandenen konstruktiven Kooperationen mit unterschiedlichsten kommunalen Trägern, regionalen Akteuren, Landes- und Bundesinstitutionen sowie diversen Stiftungen, die das AJZ kontinuierlich pflegte, waren dabei äußerst hilfreich und sollen natürlich auch in Zukunft ausgebaut und erweitert werden. Dass es auch in den nächsten 10 Jahren genügend Handlungsbedarf in Sachen Rechtsextremismus und Neonazismus geben wird, steht für die AJZlerInnen leider außer Frage.

---

### **Studentenproteste in MD**

Nachdem bekannt wurde, dass infolge der Sparpläne der Landesregierung die Existenz ganzer Fachbereiche der Magdeburger Uni auf dem Spiel steht, kam es in Magdeburg zu zahlreichen Studentenprotesten. So besuchten am 7.4. rund 100 Studenten mit Transpis "bewaffnet" die Stadtratssitzung und forderten den Erhalt der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften. Am 15.4. wurde ein öffentliches Seminar auf dem Ullrichsplatz abgehalten, am folgenden Tag veranstaltete der Chor des Institutes für Musik ein Protestsingen vor 1500 Besuchern am Tag der offenen Tür. Am 29. April spürte die Volksstimme gar einen Hauch des "Geistes von 89" in den Magdeburger Kammerspielen, wohin Studenten zu einem Gespräch über die Zukunft der Hochschulen geladen hatten. In dem überfüllten Hause kam es zu einer leidenschaftlichen Diskussion, die - laut Volksstimme - zu einem "Tribunal über die Regierungspolitik" wurde.

Die Proteste erreichten ihren (vorläufigen?) Höhepunkt, als am 15.5. mehr als 3000 Studenten gegen den "Kahlschlag an den Hochschulen" durch Magdeburg demonstrierten. Auf dem Domplatz kam es zu einer lautstarken Abschlusskundgebung, wo auch Kultusminister Olbertz die Wogen nicht glätten konnte. Seine Beschwichtigungsversuche wurden mit Buhrufen und Pfiffen quittiert. Als Olbertz seine Redezeit überschritten hatte, wurde ihm dann auch konsequent das Wort entzogen. Die Veranstaltung wurde mit dem gemeinsamen Singen von "We shall overcome" beendet – wann hat es so was in MD das letzte Mal gegeben?

---

### **GEW gegen Kündigungen**

Am 27.5. demonstrierten rund 2000 PädagogInnen gegen die drohende Kündigung von 700 MitarbeiterInnen. Zwar hatte die Regierung angeboten, die Arbeitszeit auf 26 Wochenstunden zu verkürzen und dafür keine Entlassungen vorzunehmen. Das ist jedoch für die meisten Betroffenen nicht machbar, da viele von ihnen jetzt schon finanziell kaum noch über die Runden kommen. Der für die Tarifverhandlungen zuständige Staatssekretär Koehler wurde von der aufgebrachten Menge nicht zu Wort kommen gelassen.

---

### **Flüchtlingsproteste**

Aufgebrachte BewohnerInnen des Asylbewerberheimes Burg blockierten am 28.5. die B246a in Burg für ca. eine halbe Stunde, nach dem sie zuvor innerhalb des Heimgeländes demonstriert hatten. Ca. 60 BewohnerInnen verschiedens-

ter Nationalitäten wollten damit ihren Forderungen nach menschenwürdigen Bedingungen im Heim Ausdruck verleihen. Bei Debatten mit einer Abordnung des Landkreises und der Polizei kam es laut Volksstimme zu "tumultartigen Szenen". Die Polizei hatte in Burg vor dem Asylbewerberheim Beamte aus allen Polizeistationen des Kreises zusammengezogen, um etwaige weitere Blockaden sofort unterbinden zu können.

---

### **Amis & Rote raus?!**

Am 14.06. marschierten die "freien" Kameradschaften Magdeburg und Halle durch Olvenstedt um an den Arbeiterunruhen 1953 zu erinnern und vor der "roten" Gefahr zu warnen. Einfache, aber wahrscheinlich für normal Bürger verständliche Sprüche, wie "Amis raus" oder "50 Jahre Widerstand - schmeisst die Roten aus Deutschland raus" sollen Anknüpfungspunkte an den Unruhen suchen. Leider war der antifaschistische Widerstand sehr schwach und uneffektiv um diesen nationalen Aufmarsch zu verhindern. Es fand eine Party-Demo gegen die Nazis vom Bahnhofsvorplatz zum Olvenstedter Platz und zurück statt und eine Kundgebung auf dem Olvi mit Volkküche wurde auch noch organisiert. Die Anzahl der Antifaschisten mit ungefähr nur 70 -100 Teilnehmern war sehr schwach gegenüber den 300 Teilnehmern der rechten Demo. Dennoch gab es kurz eine Auseinandersetzung zwischen Punks und Nazi, bei der die 5 Nazis sich hinter einer Bullensperre im Bahnhof verstecken mussten. Im grossen und ganzen ein lahmer Auftritt von uns,

der uns überlegen lassen muss eine bessere Widerstandsform zu suchen und zu finden. Auf das es das nächste mal besser wird. Aktion statt Reaktion!

---

### **Anti-Kanal-Aktion**

Am 19.06.2003 kam der Bundesverkehrsminister Stolpe nach Magdeburg, um bei einer Tagung der Friedrich Ebert Stiftung über „Öffentliche Investitionen beim Aufbau Ost“ zu referieren. Es fanden sich ca. 30 Menschen ein, um Herrn Stolpe zu „begrüßen“.

Der Besuch von Herrn Stolpe wurde dazu genutzt, um den Protest gegen den geplanten Elbe-Saale Kanal öffentlich kund zu tun. Von den Grünen über die Bürgerinitiative „Pro Elbe“ bis hin zu den Attacis und dem BUND war ein breites Spektrum an Gruppen und Parteien aus Magdeburg anwesend. Bei den größeren Organisationen fiel auf, dass eine fehlende Basis offensichtlich durch eine erhöhte Zahl hauptamtlicher Kräfte kompensiert werden sollte.

Die Wartezeit wurde durch politische Gesänge mit Gitarrenbegleitung und die herumstehenden JournalistInnen verkürzt, die ihrer Zahl nach zu urteilen das Ereignis auch als wichtig einschätzten.

Als Herr Stolpe dann ankam, bildete sich sofort eine Traube von JournalistInnen um ihn herum und er bekam Unterschriftenlisten gegen den Bau des Elbe-Saale Kanals überreicht.

Inzwischen ist beschlossen worden, dass die Entscheidung über den Bau des Elbe Saale-Kanals auf das Jahr 2015 verschoben wird.

### **Greenkids gegen FastFood**

Am 26.6. kamen mehrere Dutzend AktivistInnen vor der Filiale des FastFood-Konzerns McDonalds am Breiten Weg/Ernst-Reuter-Allee zusammen und machten auf dessen menschenverachtendes Wirtschaften aufmerksam. Mit Transparenten, Flugblättern, Infotischen und alternativem Essen wurde auf die Aktion aufmerksam gemacht; die AktivistInnen kamen mit vielen Menschen ins Gespräch.

Der größte Teil der Vorbeikommenden zeigte Verständnis für die Anliegen der Aktion, viele auch ihre Sympathien (abgesehen von zwei McDonalds-MitarbeiterInnen, denen diese Art Öffentlichkeit nicht recht war).

McDonalds als einer der bekanntesten FastFood-Konzerne steht stellvertretend für die Umweltzerstörungen, Ausbeutung von Menschen zur Herstellung beispielsweise des Kinderspielzeugs und die Unterstützung von Diktaturen. Die AktivistInnen riefen dazu auf, sich kritischer mit FastFood-Ketten auseinanderzusetzen. Nicht nur die eigene Gesundheit sollte das wert sein, es geht auch um die Menschen, die für die Produktion dieser „Nahrung“ ausgebeutet werden. Nicht nur in Deutschland erhalten die ArbeiterInnen des Konzerns wenig Geld - in den sog. „Entwicklungsländern“ werden sie oft durch die sozialen Verhältnisse genötigt, unter ausbeuterischen Bedingungen für die Herstellung der FastFood-Produkte zu arbeiten.

Auch im Umweltbereich bringt FastFood nichts Gutes zu Tage: Verpackungsmüll, Mitschuld an Klimaveränderungen, Urwaldzerstörung etc.

## **Aufstand der Faulen**

Eigentlich sollte in dieser Ausgabe des "Störenfried" noch ein Beitrag zum 17. Juni '53 kommen – die albern-verlogene Medienkampagne zur gesamtdeutschen Traditionsstiftung, die aus prinzipiellen Gegnern von Arbeiterkämpfen plötzlich Lobhudler des Widerstandes machte, hat schon ganz schön genervt. Aber wie so oft, kam die Hilfe auch diesmal unverhofft. Wolf Bunge, Ex-Intendant der Freien Kammerspiele Magdeburg und Regisseur des Theater-Open-Airs "Die Norm muss weg!" (ich hab' mich schon gewundert, für was sich Bunge da hergibt), hat endlich mal klargestellt (in einem Interview der "Braunschweiger Zeitung"), was die Leute damals wollten. Die "Volksstimme" hat einen Teil des Interviews – zuzüglich eines beleidigten Kommentars, den wir unserer LeserInnenschaft aber ersparen wollen – abgedruckt. Das aber können wir euch einfach nicht vorenthalten:

*Wie würden Sie das Thema Ihrer Inszenierung zusammenfassen?*

Als den erfolgreichen Kampf für das Recht auf Faulheit. Während man im Westen ziemlich bedingungslos bereit war, für mehr Wohlstand auch mehr zu arbeiten, haben die Arbeiter in der DDR als logische Konsequenz durchgesetzt, dass sie für wenig Lohn auch nur wenig leisten müssen. Ich halte das für ein Zukunftsmodell.

*Drückt das Stück auch eine Hoffnung aus?*

Ja, die Hoffnung auf Anarchie, darauf, dass die Menschen den Mut entwickeln, aus dem alltäglichen Trott auszubrechen und Herkömmliches in Frage zu stellen. Mich interessiert, welche Bedingungen nötig sind, damit so etwas passieren kann.

## **Der Störenfried im Abo**

Wer in Zukunft immer aktuell informiert sein will, der kann unsere Kollektion journalistischer Laienkunst auch im Abo beziehen. Dafür braucht ihr euch nun maximal noch bis zum Briefkasten schleppen - und seid trotzdem über den Stand der Vorbereitungen zur Weltrevolution informiert. Allerdings hat das auch seinen Preis: zusätzlich zu den Kopierkosten kommen noch die für die deutsche Pest in Höhe von rund 0,50 Öros. Macht nach Adam Ries und beide Augen zugedrückt 6 Euro für's Jahresabo.

Ist Euch zu wenig? Dann könnt ihr natürlich auch nach Gutdünken mehr Kohle überwachsen lassen und damit - ohne weitere eigene Anstrengungen - das Erstarken der revolutionären Klasse in Magdeburg beschleunigen.

Das Geld dann einfach als Schein(e) - notfalls auch Briefmarken - an die Adresse auf der letzten Umschlagseite schicken und schon kommt das Magdeburger Zentralorgan für Agitprop bequem ins Haus.

---

Wir möchten Euch an dieser Stelle wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure Termine zukommen zu lassen. Am günstigsten für uns ist natürlich eine Zusendung per Mail, damit sparen wir uns das mühselige Abtippen.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 15. September 2003.

Email: [blaue-welt-archiv@web.de](mailto:blaue-welt-archiv@web.de)  
Post: BWA, Thiemstr.13, 39104 MD  
ViSdP: W. Wunderer

## Kontaktadressen:

### Anti-Castor-Netz Magdeburg

c/o BUND, Olvenstedter Str. 10  
www.antiatom.de/magdeburg/

### Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD  
Email: azmagdeburg@hotmail.com  
www.az-md.org

### Venceremos

Linksradikale Gruppe aus Magdeburg  
venceremos\_md@gmx.de  
www.venceremos-md.org

### Die Gruppe MD

Info-Pool im Web.  
Postfach 1943  
39009 Magdeburg  
mailto@die-gruppe-md.de  
www.die-gruppe-md.de



### b,es (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle  
Ebendorfer Straße 3  
Telefon und Fax: 0391/7324980  
39108 Magdeburg  
www.bildungsverein-elbe-saale.de  
bildungsverein.elbe-saale@t-online.de

### Soziokulturelles Zentrum ZORA e.V.

Am Johanneskloster 9  
38820 Halberstadt  
Tel.: 03941/25126; Fax: 03941/611059  
www.zora.de  
zora@zora.de



### Freie ArbeiterInnen Union MD

Anarchistische Gewerkschaftsinitiative  
Email: faumd@fau.org  
www.fau.org

### jungdemokratInnen - junge linke

c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD  
0177/6378066 (Stefan)  
Email: lsa@jungdemokratinnen.de  
Büroöffnungszeit jeden Dienstag ab 17.00  
Uhr in der Ebendorfer Str.3  
www.jungdemokratinnen.de/lsa

### Rote Hilfe MD

magdeburg@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de/magdeburg/



### Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)

Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg  
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem  
schönen Namen „ThiemBuktu“  
Öffnungszeiten:  
Mittwoch und Sonntag ab 20.00 Uhr  
Jeden Dienstag von 9-13 Uhr  
Sozialhilfeberatung.

### Löwenzahn e.V.

Thiemstrasse 13  
39104 Magdeburg  
www.projekthaus-loewenzahn.org  
mail@projekthaus-loewenzahn.org  
Telefon: 0162/8608949

<http://www.bwa.black-red.de> \* Telefon: 0391/40829081

# blaue welt archiv

Thiemstrasse 13 - 39104 Magdeburg \* [blaue-welt-archiv@web.de](mailto:blaue-welt-archiv@web.de)

